

# ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Turmfeld und Gruga  
**Geht Essen (noch)  
baden?**

Seite 2



DIE LINKE wird zehn  
Wir gratulieren!

Seite 5



**Nahverkehr aus  
dem Takt!**  
Klimaziel fällt aus.

Seite 6



**Militärkonferenzen in der Messe**  
Friedensbewegung fordert Verbot

Seite 7

Zwischen Rechtsruck und Selbstdarstellung

# Berliner Chaostage

**& Kurz  
& Knapp**

**Tageseltern  
unterstützen**

Zwei Monate sind seit der Bundestagswahl vergangen, doch eine neue Regierung ist noch nicht gebildet. Das liegt vor allem am Scheitern der sogenannten Jamaika-Koalition zwischen Union, FDP und Grünen. Dass Jamaika nicht zu Stande kam, ist keine Folge größerer inhaltlicher Probleme, sondern vor allem die Folge der Strategie der FDP. Sie war bestimmt von der Sorge, infolge einer Regierungsbeziehung marginalisiert zu werden.

Von Jules El-Khatib

**D**abei konnte der rechte Teil der Verhandlungen, FDP und CSU, viele Zugeständnisse erzielen und die Grünen vor sich her treiben. Denn diese waren für ein paar Ministerposten bereit, einen Großteil ihrer letzten humanistischen und ökologischen Ziele aufzugeben. Egal ob beim Thema Verbrennungsmotor, Kohlekraftwerke oder Obergrenze für die Aufnahme Geflüchteter, überall zeigte sich die Partei offen für faule Kompromisse zulasten von Mensch und Natur. Kompromisse, die dann mit schönerem Namen verkauft werden sollten, wie die Obergrenze von 200.000, die zum „atmenden Rahmen“ wurde.

**SPD: Verantwortung  
für den Staat**

Wahlabend unter lautem Jubel seiner Getreuen verkündet hatte, die Zusammenarbeit mit der CDU in der Großen Koalition sei beendet, knickte die SPD-Führung nach einigen Tagen des Zögerns ein und erklärte sich bereit zu neuen Gesprächen über eine mögliche Koalition. Getrieben wurde



Der Essener Jules El-Khatib ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

sie dabei von ihrem rechten Flügel, dem so genannten Seeheimer Kreis, den eine Regierung unter Merkel mehr begeistert als jeder Kampf um sozialstaatliche Verbesserung. Unterstützung erhielten Scholz und seine Seeheimer

von den Medien, die an die Verantwortung der SPD für die Bundesrepublik appellierten und Kompromisse mit der CDU forderten. Der Basis und dem linken Flügel der Sozialdemokratie

**Schwarz-grüne  
Minderheitsregierung?**

Während große Teile der Wirtschaft und der etablierten Parteien Neuwahlen oder eine Minderheitsregierung verhindern wollen, wären beide Möglichkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung kein Nachteil. Im Gegenteil: Sie bieten Chancen für eine sozialere Gesellschaft und die Beförderung von Bewegungen für höhere Löhne und Renten. Eine schwarz-grüne Minderheitsregierung wäre angewiesen auf Stimmen von SPD oder FDP und könnte durch außerparlamentarische Bewegung zu Verbesserungen getrieben werden. Für die SPD wäre dies eine Chance, ihr soziales Profil zu schärfen. Sie steht unter dem Druck ihrer Basis, soziale Forderungen durchsetzen, um nicht noch weiter zu verlieren. Für DIE LINKE würde diese Koalition die Möglichkeit bieten, zusammen mit sozialen Bewegungen die Spielräume im Parlament durch Druck von außen zu erhöhen. Eine Neuwahl dürfte ebenfalls die Spielräume für soziale, friedliche und ökologische Politik erweitern, da die Grünen einmal gezeigt haben, dass es auch mit ihnen in der Regierung keine Verbesserung für Natur und Menschen gäbe. DIE LINKE könnte im Wahlkampf noch deutlicher zeigen, dass es nur eine Partei gibt, die sich klar positioniert gegen Umweltzerstörung und für einen starken Sozialstaat.

Die Stadt Essen stand bei rund 30 Tagesmüttern und (wenigen) Tagesvätern bis Ende Oktober mit über 50.000 Euro „in der Kreide“. Die Tageseltern werfen der Stadt vor, dass diese bürokratischer als andere Städte abrechne und die zuständige Abteilung unterbesetzt sei. DIE LINKE beantragte deshalb für den nächsten Jugendhilfeausschuss einen Sachstandsbericht, wie die Abläufe bei der Abrechnung verbessert werden können.

**Transparenz beim  
Kulturdezernat**

DIE LINKE hält das Anliegen des Folkwang-Museumsvereins nach einem transparenten Verfahren bei der Neubesetzung des Kulturdezernats für völlig berechtigt. Die Transparenz und Beteiligung für alle Ratsmitglieder darf nicht eingeschränkt werden, nur weil sich SPD und CDU auf angeblich tradierte Vorschlagsrechte berufen, die mit der Gemeindeordnung nichts zu tun haben. Eine Findungskommission mit Vertreter\*innen des Kulturbeirats, der Jugendverbände und anderer Institutionen wäre der richtige Weg. Schließlich geht es darum, die beste Bewerberin, den besten Bewerber zu finden.

**Kein Empfang beim  
Generalkonsul**

DIE LINKE nahm nicht am Empfang der türkischen Botschaft anlässlich des Nationalfeiertages am 30. 10. teil. Der 94. Jahrestag der türkischen Republik stand unter einem schlechten Stern: Die Türkei entwickelt sich unter Präsident Erdoğan immer mehr zu einer Präsidialdiktatur, die bürgerliche Grundrechte außer Kraft setzt. Die Meinungs- und Pressefreiheit wird abgeschafft, willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung, die Opposition wird unterdrückt, und in den kurdischen Gebieten werden ganze Ortschaften dem Erdboden gleichgemacht.

**Stärkung der  
Stadtteile**

Ein Erfolg für DIE LINKE im Rat der Stadt: Der linke Antrag, über die Entwicklung der Innenstadt hinaus Konzepte zur Stärkung der Stadtteile zu entwickeln, wurde im November einstimmig angenommen.

Sozialticket:

**Kürzung liegt vorerst auf Eis**  
Erfolg für die Protestbewegung!

**Unsozialticket**

Erst gültig nach Abschaffung!

Bei Beschwerden:  
0211 13600 0  
0211 497090



Die CDU/FDP-Landesregierung wollte die Zuschüsse für das Sozialticket streichen. Mit diesem „Unsozialticket“ machte DIE LINKE dagegen mobil. Die für den 9. Dezember angekündigten Aktionen finden trotzdem statt. Lesen Sie mehr auf den Seiten 6 und 7!

Rückseite beachten

Kommentar zum Stadtgeschehen

# Nahverkehr dreht Wartschleifen

von Ralf Fischer

Für weißen Rauch aus dem Ratssaal besteht kein Anlass. Denn der neue Nahverkehrsplan der Stadt Essen ist ein Dokument der Mutlosigkeit und des Stillstandes. Gleich mehrere Gründe müssten bewirken, dass die Stadt sich viel energischer für den Nahverkehr ins Zeug legt.



**Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen**

Der Klimawandel ist nicht mehr zu leugnen. Doch der motorisierte Straßenverkehr trägt so gut wie nichts zur Senkung der CO2-Emissionen bei. Vielmehr werden derzeit wieder mehr klimaschädliche Abgase in die Luft geblasen. Nur eine Verkehrswende mit einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr kann helfen.

Auch die Gesundheit der Menschen leidet. Vor allem ärmere Menschen wohnen an den hoch belasteten Hauptstraßen, werden nachweislich häufiger krank und sterben früher. Die Politik versagt auch in Essen, wenn es darum geht, Menschen vor Lärm und Dreck des Straßenverkehrs zu schützen. Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ist nicht nur im Alltag gesünder und stressfreier, sondern rettet Leben!

Was also ist zu tun? Eigentlich wäre es ganz einfach: mehr Bus- und Bahnlinien, tagsüber ein Fünf-Minuten-Takt, der keine Fahrpläne mehr braucht, eine bessere Vernetzung mit den

Nachbarstädten, Nachtlinien an allen Tagen, ein Bahnnetz mit einheitlicher Spurweite, möglichst geradlinige Linienführungen, am besten sternförmig angelegt, konsequent getrennte Fahrspuren, behindertengerechter Ausbau und Vorrangschaltungen überall.

Dafür sind Millioneninvestitionen nötig. Möglich ist das dann, wenn die Gelder umverteilt werden, die bisher offen oder verdeckt in den Straßenverkehr fließen. Da bräuchte es „nur“ den politischen Willen, mit dem Anspruch der Stadt, „Grüne Hauptstadt Europas“ zu sein, ernst zu machen, statt Showprojekte zu finanzieren.

Doch in Essen wurden bis heute nicht einmal die funktionsfähigen Linienführungen aus der Zeit vor dem U-Bahn-Bau wiederhergestellt, die damals für das Auto geopfert wurden. Bestes Beispiel ist die „Bahnhofstangente“, die seit Jahren im Gespräch ist: Früher fuhr die Linie 3 von Steele am Hauptbahnhof vorbei nach Dellwig. Und wie schwer tut sich die Politik heute mit dieser Linienführung, die es schon mal gab!

Die Linie 5 endete nicht in Frintrap, sondern fuhr bis zum Oberhausener Hauptbahnhof. Auf der anderen Seite fuhr sie von Rellinghausen weiter nach Steele. Die Linie 4 endete nicht an der Aktienstraße, sondern reichte bis in die Innenstadt. Doch der neue Nahverkehrsplan zeigt nur eines: Die Verkehrsplaner haben offenbar immer noch die autogerechte Stadt im Kopf, statt hier entschlossen anzupacken.



Das Gruga-Bad 1965 am Beginn der Erfolgsgeschichte

Eine unendliche Geschichte...

# Geht Essen (noch) baden?

von Herbert Bußfeld und Wolfgang Freye

Nach der Schließung mehrerer Frei- und Hallenbäder in den zurückliegenden Jahren sollte in der Bäderlandschaft endlich Ruhe eingekehrt sein. Doch weit gefehlt. Zwei wichtige Bäder wurden stattdessen zu „Dauerbaustellen“ und beschäftigen die städtische Politik immer wieder.

## Turmfeld – Prestigeobjekt angeknackst

Am 4. Juni 2016 wurde nach 18monatiger Bauzeit das Bad am Turmfeld eröffnet. Doch schon am 9. März 2017 wurde es auf Grund technischer Störungen an der Wasseraufbereitung wieder geschlossen. Vier Monate blieb das Sportbad zu. Für ca. 2.000 Schülerinnen und Schüler gab es während dieser Zeit keine Ausweichmöglichkeit für den Schwimmunterricht. Auch für die Schwimmvereine war der lange Badeausfall eine Katastrophe. Nur durch die Solidarität der anderen Vereine gelang es, Schwimmzeiten notdürftig und mit viel Gedränge in andere Bäder zu verlagern. Aber viele Schwimmkurse mussten ersatzlos ausfallen. Eine Entschädigung dafür steht noch aus.

Die Ursachen der Störungen sind dabei immer noch unklar. Nach Aussage der Sportverwaltung lag alles nur an einem Spezialreinigungsmittel für die Membranfilter. Doch welche Rolle spielte die Baufirma Pellikan und die BASF-Tochterfirma Inge, die die Filteranlagen entwickelt und hergestellt haben? Und welche die Essener Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (EVV), die mit der Herstellung des Bades beauftragt war? Wer die Kosten für das Debakel tragen soll, muss ein Gutachter klären.

## Grugabad – Ideenwerkstatt für Erhalt

Umstritten ist auch die Zukunft des Grugabades, das manch einer in Rat und Verwaltung schon einmal abreißen wollte. Das größte Freibad im Ruhrgebiet wurde 1964 eröffnet



**Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss, Ratsmitglied Wolfgang Freye gehört dem Planungsausschuss an.**

„weggedrückt“ werden..

Hotelhochhaus und einen zweigeschossigen Boulevard mit Geschäften und Flaniermeile vor. Dabei ging es auch darum, durch Grundstücksverkäufe Geld für Umbau und Sanierung des Bades zu erhalten. Für Badegäste wäre es jedoch wenig attraktiv, wenn aus der 12. Etage Hotelgäste ins Bad hineinschaun.

Das wichtigste Ergebnis des Ideenwettbewerbs ist jedoch die Erkenntnis, dass es viel Interesse am Erhalt des Grugabades gibt. Auf die Auswertung der Workshops kann man gespannt sein. Die Ideen aus der Bürgerschaft dürfen dabei nicht

## Impressum: Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger\*innenbüro Niema Movassat (MoB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite: „Aus dem Bundestag“; Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarsstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essenermorgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich Anfang März 2018, Redaktionsschluss: 25. Februar 2018.

# Keine Ausgrenzung im öffentlichen Raum!

# Luft nach oben bei der Stadtentwicklung

In der Ratssitzung vom 22. November debattierte der Stadtrat ausführlich über die Zukunft der Essener Innenstadt. Der vorliegende Bericht der Essener Marketing Gesellschaft (EMG) zur Entwicklung ist noch nicht der „große“ Wurf, darin waren sich alle Fraktionen einig. CDU, FDP und EBB setzen dabei vor allem auf „Sauberkeit“ und meinen damit nicht nur mehr Papierkörbe, sondern vorrangig die Verdrängung armer Menschen. Dagegen setzt DIE LINKE ihr Konzept: „Eine Stadt für Alle“.

Ganz aktuell geht das Ordnungsamt gegen Verkäufer\*innen von Obdachlosenzeitungen auf dem Gebiet des Weihnachtsmarktes vor. Sie verweist die Verkäufer\*innen des Platzes und zieht sogar die Ausweise ein, mit denen die Verkäufer\*innen nachweisen, dass sie legal diese Zeitungen anbieten. Das Ordnungsamt stützt sich dabei

## Natürlich soll der Einzelhandel florieren

Die Verdrängung und die gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE im September verabschiedet worden war. Die Initiative „Essen packt an“ unterstützt die Verkäufer\*innen und versucht in Gesprächen mit dem Ordnungsamt Regelungen zu finden, die es den meist obdachlosen Menschen erlaubt, einige Euro zu verdienen. Der Rat der Stadt beauftragte die EMG, schnell ein tragfähiges Konzept zur Innenstadtentwicklung vorzulegen. Dabei wurde der Auftrag an die EMG auf Antrag der Fraktion DIE LINKE dahingehend erweitert, dass auch für Stadtteile Entwicklungskonzepte erstellen werden sollen. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Rat der Stadt Essen, Gabriele Giesecke, nahm in der Ratssitzung wie folgt dazu Stellung: „Wir begrüßen es, dass über die Innenstadtentwicklung eine öffentliche Debatte geführt wird. Als Ziel formuliert der Bericht, die Innenstadt ‚sauber, modern, kreativ, familien- und generationenfreundlich, aufregend und erholsam zu gestalten‘. Aufregend klingt diese Zielbestimmung allerdings nicht. Da tut mir der Innenstadtordinators schon ein bisschen leid. Wie soll eine Marketing-Kampagne mit Zugkraft über die Stadtgrenzen hinaus aussehen, wenn eine Selbstverständlichkeit wie ‚sauber‘ an die erste Stelle gesetzt wird? Nach großem Wurf klingt das nicht. Und ehrlich gesagt: Dreckig ist die Innenstadt ja auch heute nicht wirklich. Und es geht in Wirklichkeit ja auch nicht um ein paar mehr Papierkörbe. Nein, in den Fokus gerückt werden soll damit die Mini-Szene von Wohlstandsverlierern, von denen sich einige um den Willy-Brandt-Platz herum aufhalten. Solche Szenen gibt es nun mal in Großstädten, und statt hieraus eine Staatsaffäre zu machen, soll-



**Essener Innenstadt: Ein trostloser Ort?**



**Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen**

meinen, ehe großangelegte Marketingkonzept zur Innenstadtbelebung aufgelegt werden, sollten erstmal die Basics geklärt sein. Da reicht der Verweis auf Toiletten in öffentlichen Gebäuden, die abends geschlossen sind, oder in der Gastronomie nicht. Wenn irgendwo nachgebessert werden muss, dann hier. Und zwar nicht mit Flyern, sondern mit einem Angebot an öffentlichen Toiletten in erreichbarer Entfernung. Aber auch bei der Digitalisierung steht Essen noch zu rück. Flächendeckendes freies WLAN in der Innenstadt

– bisher Fehlanzeige. Warum sich das Essener Systemhaus hier nicht in der Pflicht sieht, ein freies WLAN-Netz mit aufzubauen, bleibt eine offene Frage. Unsere Nachbarstadt Gelsenkirchen macht uns mit flächendeckendem WLAN in der Innenstadt vor, wie es gehen kann. Digitale Stadtentwicklung ist möglich. Aber natürlich gibt es positive Ansätze, z.B. möchte ich hier die Entwicklung der nördlichen Innenstadt herausheben. Dieses Quartier hat sich vom Sorgenkind zu

einem Quartier entwickelt, in dem spannende Dinge passieren. Vor allem kulturell, wie mit dem Unperfekthaus oder der Kreuzeskirche, und der weiteren Belebung durch die neue Allbau-Zentrale mit Wohnungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Beruhigt sind wir darüber, dass der Innenstadt-Markt um die Marktkirche in der Vorlage nicht mehr in Zweifel gezogen wird. Er hat sich gegen alle Widerstände durchgesetzt und gehalten. Und er wird auch neben dem neuen

Feierabendmarkt auf dem Weberplatz gebraucht. Ideen sein Erscheinungsbild zu verbessern, sollten mit den Marktbesuchern besprochen werden, hier ist sicher Luft nach oben. Die Innenstadt könnte deutlich attraktiver und lebenswerter sein, wenn die Autos weitgehend verbannt würden. Überlegungen, den öffentlichen Personennahverkehr und den Radverkehr zu Lasten des Autos zu stärken, sind da der richtige Weg. Städte wie London oder Kopenhagen und andere sollten uns da ausdrücklich als Vorbild dienen.“

## Sozialwohnungen

# „Dortmunder Modell“ verhindert Rauswurf

Hartz4-Berechtigte können in Essen oft keine Sozialwohnung mehr beziehen, weil die Sozialmieten höher liegen, als die Mietobergrenze der Stadt es zulässt. In den Sozialwohnungen der Hochhäuser im Hörsterfeld in Steele beispielsweise sind viele Mieter\*innen womöglich sogar zum Auszug gezwungen, weil die Mieten auf Grund von Modernisierungen erhöht wurden. Mit Nebenkosten, aber ohne Heizung, erhalten allein lebende Hartz4-Berechtigte höchstens 349 Euro im Monat erstattet.

Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit den Grünen in der letzten Sitzung des Rates die Ein-

führung des „Dortmunder Modells“ in Essen beantragt. Nach diesem Modell werden die Mieten von Sozialwoh-

nungen für Hartz4-Berechtigte von der Stadt immer akzeptiert.

Gleichzeitig haben wir beantragt, die bessere Energiekostenbilanz nach energetischen Sanierungen in Form von Boni bei der Berechnung der Mietobergrenzen zu berücksichtigen. Eine solche Praxis wird bei den Sanierungen von Vonovia im Eitingviertel und der städtischen Allbau GmbH im Südostviertel versuchsweise bereits angewandt.

Beide Punkte wurden von der Großen Koalition, aber auch von der FDP abgelehnt. Immerhin erkannten die anderen Parteien bei der Diskussion im Sozialausschuss an, dass hier ein Problem vorliegt, und wollen es demnächst noch einmal beraten.

Wolfgang Freye



## Linksaktiv.de

Ich mache aktiv mit!

Ja, ich möchte mit der LINKEN (nicht nur) im Wahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampf- und andere Aktivitäten!

**Basisdaten**

Ich bin  weiblich  männlich  anderes

Name, Vorname

E-Mailadresse

Geburtsdatum

Telefon

Mobiltelefon

Straße

PLZ. / Ort

**Ich möchte ...**  
(mehreres Ankreuzen möglich)

bei Infoständen mitmachen.

beim Plakataufhängen helfen.

den Essener Morgen in Briefkästen verteilen.

Flugblätter/Zeitungen vor Betrieben, Schulen verteilen.

bei Hausbesuchen (persönliche Ansprache) mitmachen.

Bitte ausschneiden und einsenden an: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen

Im vorliegenden Artikel soll über ein für viele Leistungsberechtigte im Bereich SGB II (Hartz4) interessantes Urteil des Landessozialgerichts NRW sowie über die voraussichtlichen neuen Hartz4-Regelsätze 2018 berichtet werden.

### Neue Regelsätze ab Januar

Bei den Regelsätzen für 2018 tut sich – mittlerweile schmerzhaft gewohnt und eigentlich nicht mehr überraschend – mal wieder sehr wenig. Wenn die neue Regelsatzverordnung wie von der Bundesregierung beschlossen mit Zustimmung des Bundesrats in Kraft tritt, was zu erwarten steht, werden die Regelsätze ab dem 1. Januar 2018 wie folgt aussehen:

Durch die Änderung ergeben sich, weil es sich jeweils um Prozentsätze der Regelbedarfsstufen handelt, auch Änderungen bei den Mehrbedarfen, etwa beim Mehrbedarf Warmwasser, beim Mehrbedarf für Alleinerziehende und so weiter. Bereits bei der Festsetzung der Regelbedarfe für das Jahr 2017 hatte der Bundesrat einige Verbesserungen im Leistungsbereich gefordert, seine Zustimmung jedoch letztlich nicht an der fehlenden Umsetzung scheitern lassen. Ob und welche Schlüsse daraus gezogen werden, dass die Umsetzung auch für 2018 noch auf sich warten lässt, muss sich noch zeigen.

Auf die Angemessenheitsgrenze bei den Kosten der Unterkunft wirken sich die Veränderungen im Regel-



Regelsätze leicht erhöht – Verrechnung der Mietkaution rechtswidrig?

# Wahren Sie Ihre Rechte!

bedarf nicht aus. Hier sind Änderungen erst bei Änderungen des Mietbedarfs – etwa beim Mehrbedarf Warmwasser, beim Mehrbedarf für Alleinerziehende und so weiter. Bereits bei der Festsetzung der Regelbedarfe für das Jahr 2017 hatte der Bundesrat einige Verbesserungen im Leistungsbereich gefordert, seine Zustimmung jedoch letztlich nicht an der fehlenden Umsetzung scheitern lassen. Ob und welche Schlüsse daraus gezogen werden, dass die Umsetzung auch für 2018 noch auf sich warten lässt, muss sich noch zeigen.

### Keine Aufrechnung von Mietkautionen?

te sich allerdings ergeben: Mit einem neueren Urteil hält der 7. Senat des Landessozialgerichts aktuell eher unwahrscheinlich – oder des Betriebskostenspiegels zu erwarten. Eine erfreuliche Neuerung für Leistungsberechtigte könn-

te sich allerdings ergeben: Mit einem neueren Urteil hält der 7. Senat des Landessozialgerichts aktuell eher unwahrscheinlich – oder des Betriebskostenspiegels zu erwarten. Eine erfreuliche Neuerung für Leistungsberechtigte könn-

Regelbedarfsstufe	Betrag 2018	Betrag 2017
1 - Alleinstehende/Alleinerziehende	416	409
2 - Partner*in	374	368
3 - Volljährige Kinder im Haushalt	332	327
4 - Jugendliche 15 bis 18 Jahre	316	311
5 - Kinder/Jugendliche 7 bis 14 Jahre	296	291
6 - Kinder 0 bis 6 Jahre	240	237

Dem Urteil liegt folgende Situation zugrunde: Wenn Sie derzeit bei einem Umzug ein Darlehen für die Mietkaution gewährt bekommen, so wird das Darlehen ab dem Folgemonat der Zahlung mit 10 Prozent der Regelleistung aufgerechnet, spricht: Es werden 10 Prozent der Regelleistung zur Tilgung des Darlehens vom JobCenter einbehalten.

Laut Gesetzestext kann das Jobcenter so handeln. In eben diesem „kann“ liegt das Problem, dessen sich das Landessozialgericht – nach meiner Ansicht zurecht – angenommen hat. Wenn eine Behörde etwas tun „kann“, aber nicht „muss“, spricht man von einer sogenannten „Ermessensentscheidung“. Hierfür muss die Behörde



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

alle Umstände des Einzelfalls abwägen und dann entscheiden, ob und wie sie tätig wird. Das Landessozialgericht sagt nun, grob vereinfacht, dass die Entscheidung aufzurechnen, im Regelfall nur ermessensfehlerhaft sein kann, weil im Regelfall entsprechende Gelder nicht eingeplant sind. Es geht davon aus, dass die so entstehende „Bedarfsunterdeckung“ – spricht: das Geld fehlt an anderer Stelle – rechtswidrig ist und das JobCenter deswegen nicht aufrechnen darf. Der Ansatz des Gerichts erscheint zutreffend, kann man doch ein grundgesetzlich bestimmtes Existenzminimum eigentlich schon sprachlich nicht mehr mindern.

Leider ist die Entscheidung noch nicht rechtskräftig. Wegen der zweifellos bestehenden grundsätzlichen Bedeutung wurde die Revision zum Bundessozialgericht zugelassen und auch erhoben. Das Verfahren ist dort noch nicht entschieden und unter dem Aktenzeichen B 14 AS 31/17 R anhängig.

Sofern Sie Fragen zur Einbehaltung von Mietkautionendarlehen oder ganz allgemein zu Ihrem Leistungsbescheid haben, können Sie gerne die offenen, kostenfreien Beratungstermine des Autors, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht Carsten Dams, wahrnehmen. Orte und Zeiten unter 0201-5147472 (Bandansage). Eine Anmeldung ist nicht nötig.

**Montags, 9.30 - 11.30 Uhr**  
Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams

**Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)**  
Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf

**Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Zeche Carl, Förderturnhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altenessen

**Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen

**Dienstags, 13.30 - 15.30 Uhr**  
Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

**Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Huttrop

**Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Übrerruhr

**Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr**  
Friedrich-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt

**Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr**  
Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

**Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr**  
Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RAin Gabriele Junker

**Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr**  
Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden

**Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr**  
Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker

**Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Borbecker Platz 5, Borbeck, mit RA Jan Häußler

**Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr**  
Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams

**Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr**  
Zwingsl-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

Aktuelle Infos finden Sie auf [www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/](http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/)

Konzept gegen ungleiche Bedingungen gefordert

## Soziale Spaltung der Stadt überwinden

von Wolfgang Freye

**Essen ist eine „gespaltene Stadt“. In keiner anderen Stadt sind die sozialen Unterschiede zwischen den Stadtteilen so groß wie hier. Die grobe Trennungslinie ist die A 40, die von Forschern wie Prof. Klaus-Peter Strohmeier von der Ruhr-Universität Bochum inzwischen „Sozialäquator“ genannt wird, von anderen „Armutsäquator“. Deshalb schlugen 15 Schulleiter\*innen aus dem Essener Norden vor kurzem Alarm: Auch die Bildungschancen ihrer Schüler\*innen sind viel geringer als die Gleichaltriger in Bredeneu oder Stadtwald.**

Das Handbuch „Essener Statistik Soziales - Gesundheit 1987-2016“ verdeutlicht, dass die soziale Spaltung im letzten Jahrzehnt drastisch zugenommen hat. Der Anteil der Bezieher\*innen von Sozialleistungen in der Innenstadt ist von 2006 bis 2016 um fast 27 Prozent gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 20,5 auf 25,7 Prozent.

Demgegenüber betrug die Steigerung im Stadtbezirk Bredeneu-Werden-Kettwig nur 3,6 Prozent, der Anteil von Sozialleistungsbezieher\*innen an allen Einwohner\*innen beträgt dort nur 4,1 Prozent. Im Stadtbezirk Rütterscheid-Stadtwald-Bergerhausen ist der Anteil von Leistungsbezieher\*innen sogar um 10 auf 6 Prozent gesunken.

Vor kurzem entdeckte die Essener SPD das Thema. SPD-Chef Thomas Kutschaty forderte eine Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei allen Neubauvorhaben und den Bau von mehr Sozialwohnungen mit Schwerpunkt im Essener Süden. Dabei vermischt er das Thema stark mit der Zuwanderung Geflüchteter.

Die soziale Spaltung in Essen hat sich jedoch lange vorher entwickelt, als Folge von Strukturwandel und Langzeiterwerbslosigkeit. Praktisch hat die SPD den Vorstoß ihres Unterbezirksvorsitzenden auch schon wieder erledigt. Gemeinsam mit der CDU lehnte sie eine verbind-

liche Sozialwohnungsquote in der letzten Ratssitzung erneut ab.

Darüber hinaus kann die soziale Ungleichheit zwischen den Stadtteilen nicht mit einer Maßnahme allein bekämpft werden. Vielmehr braucht Essen dringend ein umfassenderes Konzept. Einen Antrag dazu legte die Ratsfraktion DIE LINKE in der letzten Ratssitzung vor, der diese Maßnahmen vorsieht:

- Stärkung der sozialen Infrastruktur, der Kitas und Schulen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ungleiche Bedingungen unterschiedlich behandelt werden müssen;
- eine Schulentwicklungsplanung und einen Ausbau des Offenen Ganztages, die auf die Probleme so genannter „sozialer Brennpunkte“ zugeschnitten sind;

SPD: Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet

- die Erarbeitung stadtplanerischer und wohnungspolitischer Ziele, die in Stadtteilen mit großen sozialen Problemen andere Schwerpunkte haben als in wohlhabenderen Stadtteilen;

- die Einführung einer Quote von mindestens 30 Prozent für öffentlich geförderten Wohnraum, in Stadtteilen mit nur wenigen Sozialwohnungen wird eine höhere Quote eingeführt;

- die Entlastung der Allbau GmbH durch Reduzierung der Gewinnabführung an die Stadt, damit dieser mehr Sozialwohnungen baut;

- Maßnahmen für eine öffentlich geförderte Beschäftigung, um Langzeiterwerbslosen ohne Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Perspektive zu geben;
- den Ausbau von Stadtteilbüros und den Ausbau von Jugendzentren insbesondere in den „benachteiligten“ Stadtteilen.

**Gleich ablehnen wollte die Große Koalition den Antrag nicht und hat deswegen vorgeschlagen, ihn im Sozial- und im Planungsausschuss weiter zu beraten.**

**Die Diskussion wird spannend - vorausgesetzt, die Große Koalition betrachtet die Überweisung in die Fachausschüsse nicht als „Beerdigung zweiter Klasse“.**

# DIE LINKE wird zehn

In diesem Jahr wurde DIE LINKE zehn Jahre alt. Am 16. Juni 2007 schlossen sich in Berlin die Parteien „Linkspartei.PDS“ und „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)“ zusammen. Es entstand aus zwei Parteien mit unterschiedlichem Hintergrund, aber identischen Zielen eine gesamtdeutsche linke Alternative.

von Ralf Fischer

Nach dem Anschluss der „neuen Bundesländer“ war die gesellschaftliche Linke in Deutschland am Boden. Die SPD stand bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 auf verlorenem Posten. Mitten im Einheitsdusel ließen sich nur Wenige vom damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine die Kosten der Einheit vorrechnen. Auch Rot-Grün im Bund mit einer von Flügelkämpfen durchzogenen Grünen Partei hatte sich erledigt. Die Grünen flo-

gen die Grünen mit 3,9 Prozent der Stimmen aus dem Bundestag. Allein aufgrund des nach Ost und West getrennten Wahlrechts konnte das ostdeutsche Bündnis 90 mit 1,5 Prozent der Stimmen acht Mandate erringen. Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hatte noch nicht Fuß gefasst und stieß auf zu viele Vorbehalte, um dieser Entwicklung viel entgegenzusetzen zu können. Sie war aber groß genug, um mit 2,4 Prozent und 17 Mandaten in den Bundestag einzuziehen.

Helmut Kohl, CDU-Bundeskanzler seit 1983, schien in Westdeutschland 1989 schon abgewirtschaftet zu haben, konnte aber nach dem Einheitsdusel noch acht lange Jahre weiter regieren. Der Unmut in der Bevölkerung über 16 Jahre Kohl verschaffte sich erst bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 Luft: Eine rot-grüne Regierung wurde gewählt. Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler und Oskar Lafontaine, zu diesem Zeitpunkt SPD-Vorsitzender, Finanzminister. Doch nach ersten richtigen Schritten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (z.B. der kurzlebigen Sozialversicherungsspflicht auch für Minijobs), wurden alle Hoffnungen auf weitere Reformen enttäuscht. Lafontaine trat von allen Ämtern zurück.

Ende 1999 schickte ausgerechnet Rot-Grün unter Bruch mit allen Programmen und Wahlversprechen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten ins Gefecht, um an der Zerschlagung Jugoslawiens teilzunehmen. Von den Bomben auf Novi Sad bis zu denen auf das afghanische Kundus zehn Jahre später – seither gleichen sich die Bilder. Dazu



Die Essener LINKE hat inzwischen über 370 Mitglieder

kam die Kehrtwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Körperschaftsteuer wurde auf einen Tiefstand gesenkt, der Verkauf von Beteiligungen steuerfrei gestellt. Hedgefonds und ein ausgedehnter Derivatehandel wurden zugelassen, so dass die Großkonzerne und Banken sich dumm und dämlich verdienten – der erste große Treibsatz für die immer noch aktuelle Finanzkrise. Schließlich wurde in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aufgeräumt. Mit Hilfe der Grünen setzte Kanzler Schröder am 1. Januar 2005 die vierte Stufe seiner Arbeitsmarktreformen in Kraft, genannt Hartz 4. Seit-



her verliert, wer länger als ein Jahr erwerbslos ist, praktisch alles, nämlich neben der finanziellen Absicherung auch noch die Lebensperspektive.

Die Bedingungen für linke Politik hatten sich damit drastisch verändert. Die Schaffung einer gesamtdeutschen, in breiteren Teilen der Bevölkerung verankerten Partei links von der Sozialdemokratie stand auf der historischen Tagesordnung. Tausende Unzufriedene verließen die SPD, ein Teil von ihnen gründete am 22. Januar 2005 in Göttingen die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“. Unmittelbar

danach begannen bereits Gespräche beider Parteiführungen über eine Zusammenarbeit. Am 30. Mai gab Oskar Lafontaine sein SPD-Parteibuch ab und stellte am 10. Juni gemeinsam mit Gregor Gysi die Kandidatur für ein Bündnis von WASG und PDS vor. Am 17. Juni erklärten die Parteispitzen von WASG und PDS, ihren Parteien die Vereinigung vorzuschlagen. Die Bundestagswahl erbrachte 8,7 Prozent der Stimmen für das Wahlbündnis. Es folgten Konferenzen im ganzen Land; nach und nach gingen auch die Kreisverbände zu gemeinsamen Mitgliederversammlungen

### Fusion weckte Hoffnungen

Die Fusion weckte Hoffnungen und mobilisierte in Ost und West neue Kräfte. Von Wahl zu Wahl folgte eine Stärkung der Partei, die aber nur bis 2009 anhält. Hier erreichte DIE LINKE mit 78,04 Mitgliedern einen bis heute nicht übertroffenen Spitzenwert. Politischer Hintergrund ist, dass die anfängliche

Hoffnung, DIE LINKE könnte beispielsweise den Protest gegen Hartz 4 so stark machen, dass das Gesetz wieder abgeschafft würde, sich nicht erfüllt haben. Dies lässt sich vielen Austrittsbegründungen aus dieser Zeit entnehmen. Weitere Fehler waren hausgemacht: Die Berliner LINKE stimmte dem Verkauf öffentlichen Wohnraums an „Investoren“ zu und verschärfte damit die Wohnungsnot. Immer wieder brandeten auf Bundesebene Debatten auf, Militärsätze unter Führung der UNO doch zu befürworten. Hinzu kam sich öffentlich streitendes Führungspersonal, Gregor Gysi sprach sogar von „Hass“ untereinander in Parteivorstand und Bundestagsfraktion.

Am 2./3. Juni 2012 fand in Göttingen der mittlerweile legendäre Bundesparteitag statt, dem es gelang, mit einigen klaren Beschlüssen, u.a. zur solidarischen Mindestsicherung und Mindestrente von 1.050,00 Euro monatlich, und der Wahl eines neuen Parteivorstandes die Wogen zu glätten und die Partei aus der Krise zu bringen. Die neuen (und noch heutigen) Parteivorsitzenden, Katja Kipping aus Sachsen und Bernd Rixinger aus Baden-Württemberg gelang es mit der Zeit immer besser, an einem Strang zu ziehen und die Basis der Partei stärker in die Politikentwicklung einzubeziehen.

Nach und nach dringt ihr Anliegen, die Partei in eine lebendige Mitmach-Partei umzuwandeln, bei den Genoss\*innen durch. Auch in Essen versuchen wir uns am „aufsuchenden Wahlkamp“ an den Haustüren und haben eine Strukturreform begonnen, nach der wir anstelle von Mitgliederversammlungen in Hinterzimmern jetzt ein wöchentliches Aktiventreffen durchführen, zu dem alle Interessierten kommen können. Dort werden nicht nur politische Positionen diskutiert, sondern auch Aktionen vorbereitet. Seither sind wir in der Essener Öffentlichkeit wesentlich stärker präsent als früher. Auch wenn es der Partei noch nicht gelang, 2017 wieder in die Landtage Schleswig-Holstein und NRW einzuziehen – letzteres übrigens mit 4,9 Prozent nur äußerst knapp: Die Partei hat sich konsolidiert, die Mitgliederzahlen steigen.

## Für die Vielen, nicht die Wenigen!

Linke wählt neuen Kreisvorstand



alt und seit mehreren Jahren engagiertes Mitglied des Kreisverbandes. Als Kreisratsmeister wurde der Steuerfachangestellte Ralf Fischer, 55 Jahre alt und im Amt seit Juli 2010, bestätigt. Des Weiteren wurden Marion Wegscheider, Burkhard Trübenbach und Nicolas Stuhlfauth wiedergewählt. Neu im Vorstand sind Anneliese Bressgen, Stefan Hochstadt, Hanna Mamat, Charlotte Nebel und Marc Scheidt. Die Ämter der Sprecherin und einer Stellvertreterin blieben vorerst vakant.

Die Versammlung dankte den bisherigen Kreissprecher\*innen Sonja Neuhaus und Michael Steinmann für ihre Arbeit. Beide waren nicht mehr für den Vorstand angetreten. Steinmann wollte jüngeren Parteimitgliedern Platz machen, Neuhaus wurde Anfang Oktober in den Landesvorstand DIE LINKE.NRW gewählt, um sich dort vor allem um die Bildungspolitik zu kümmern. Neue Mitglieder einbinden – die Aktivitäten ausbauen, das ist das Ziel des neu gewählten Vorstandes.

Von links nach rechts: Anneliese Bressgen, Burkhard Trübenbach, Marc Scheidt, Ralf Fischer, Daniel Kerekes, Hanna Mamat, Charlotte Nebel, Nicolas Stuhlfauth, Stefan Hochstadt. Erkrankt fehlte Marion Wegscheider (kleines Bild).

Kerekes: „Nur wenn wir gemeinsam mit den Essenerinnen und Essenern und allen Mitgliedern der Partei für eine bessere Welt eintreten, können wir unser Ziel auch erreichen. Dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, zeigt auch unser Wachstum. Mit 370 Mitgliedern ist unser Kreisverband so groß wie noch nie. Jetzt kommt es darauf an, daraus etwas zu machen.“ Der neue Vorstand strebt eine Strukturreform des Kreisverbandes sowie das Self-Empowerment der Mitglieder an.

# Fahrplan weiter aus dem Takt

## Selbstgestecktes Ziel verfehlt

Nach eineinhalb Jahren Diskussion hat der Rat der Stadt Essen im September den Nahverkehrsplan für die Jahre 2020 bis 2025 verabschiedet. Er ist die Voraussetzung für die Direktvergabe der Leistungen an die neue Ruhrbahn von Essen und Mülheim.

Von Wolfgang Freye

Der Nahverkehrsplan sieht durchaus Verbesserungen vor, etwa den Bau einer neuen, oberirdischen Straßenbahntrasse von Ost nach West am Hauptbahnhof vorbei („Bahnhofstangente“). Der Bau dieser Linie ist die Voraussetzung für dichtere Takte der übrigen Bahnen, die jetzt im Tunnel unter dem Hauptbahnhof fahren.

Trotzdem stimmte die Ratsfraktion DIE LINKE dem Nahverkehrsplan nicht zu. Denn auch der Verkehrsgutachter, der den Nachverkehrsplan erarbeitet hat, machte deutlich, dass die Stadt Essen damit das selbst gesteckte Ziel, nach dem der Nahverkehr einen Anteil von 25 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen erreichen soll, verfehlt wird. Dieses Ziel soll zwar erst 2035 umgesetzt werden. Da die „Bahnhofstangente“ aus planerischen Gründen jedoch kaum vor 2025 fertig werden wird, wird der Anteil des Nahverkehrs am Verkehrsaufkommen nur sehr langsam steigen. Er beträgt zurzeit 19,6 Prozent und soll bis 2025 auf gerade 20,1 Prozent steigen.

### Autostadt Essen

Die Stadt Essen ist eine Autostadt und seit Jahrzehnten auch so geplant worden. Der Anteil des Autoverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen beträgt über 50 Prozent, was für eine Großstadt im Vergleich sehr hoch ist. Hieran muss sich etwas ändern, sonst droht der „Verkehrsinfarkt“.

Deshalb hat DIE LINKE zum vorliegenden Entwurf des Nahverkehrsplans mehrere Verbesserungen beantragt. Dazu gehören: • die Verdichtung der Taktzeiten in den Früh- und

Abendstunden (15 Minuten-Takt von 5.30 bis 0.00 Uhr) sowie an den Wochenenden, • den Erhalt von Linien wie der Linie 190 zur Ruhrländ-Klinik und der drei Haltestellen der Linie 167 in Kray, die nicht mehr bedient werden sollen, • flächendeckende Vorrangschaltungen für Bus und Bahn, • beim barrierefreien Umbau von Haltestellen die Prüfung, ob der Ausbau für eine Doppeltaktung (zwei Züge hintereinander, wie in den meisten anderen Städten) möglich ist.

Diese Anträge wurden von der Mehrheit des Rates abgelehnt, obwohl es auch in den Reihen der Großen Koalition durchaus die Meinung gibt, dass sie sinnvoll wären. Frühmorgens kommen viele Beschäftigte kaum mit dem ÖPNV zur Schicht, abends ist ab 20.30 Uhr auf den meisten Linien nur noch ein Halbstundentakt vorgesehen, ab 23.00 Uhr praktisch nur noch das Nachtbusnetz. Gerade jüngere Leute, die ausgehen wollen, sind dadurch auf den eigenen PKW angewiesen.

Statt die beschlossene Variante „B. Kontinuität“ zur Grundlage der Erarbeitung des Nahverkehrsplans zu nehmen, war DIE LINKE für die dritte vom Gutachter vorgeschlagene Variante „C. Ausbau“ eingetreten, die 9,6 Millionen Euro teurer gewesen wäre als die Variante B. Aus linker Sicht wäre das eine gute Anlage gewesen und angesichts der Entspannung bei der Haushaltslage machbar.

Immerhin: Auch Vertreter der Großen Koalition wiesen in der Debatte darauf hin, dass auch der letzte Nahverkehrsplan mehrfach geändert wurde. Daran werden wir arbeiten!

### Nahverkehr zum Nulltarif

DIE LINKE tritt ein für einen öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif. Niemand soll für die Nutzung von Bus und Bahn zahlen müssen. Das ist sozial gerecht, ökologisch notwendig und ökonomisch machbar. Schon heute wird ungefähr die Hälfte der Kosten über Steuern finanziert. Der steuerfinanzierte Anteil beim Autoverkehr ist sogar noch höher.

DIE LINKE will, dass sich alle an den Kosten des Nahverkehrs beteiligen, die davon profitieren. Das sind nicht nur die, die ihn nutzen. Immobilieneigentümer\*innen profitieren, weil sich der Wert ihrer Häuser erhöht. Autofahrende profitieren, weil die Straßen nicht so voll sind. Unternehmen haben Vorteile, weil die Beschäftigten an ihre Arbeitsplätze kommen. Auch der Einzelhandel profitiert, weil er weniger Parkplätze verhalten muss. Die Gesellschaft insgesamt gewinnt über bessere Luft, mehr Platz und geringere Kosten für Straßenbau und -unterhalt.

Die Kosten für einen guten öffentlichen Nahverkehr könnten über eine Umlage, eine verpflichtende Gebühr bzw. Abgabe oder über Steuern finanziert werden.



## Nahverkehrsplan verfehlt Klimaziele

# Ausbau von Bus und Bahn vertagt

### Ausbau des Nahverkehrs

Wer in Essen Busse und Bahnen nutzt, weiß, dass dringend in die Infrastruktur investiert werden muss. Um dauerhaft zu einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr zu kommen, müssen mehr und bessere Busse und Bahnen eingesetzt werden, brauchen wir eine zuverlässigere Technik, damit es nicht mehr dauernd zu Verspätungen und Ausfällen kommt.

Busse und Bahnen müssen öfter fahren und auch am frühen Morgen, am späten Abend und in der Nacht. Das Netz muss breiter werden, damit die Wege auch für ältere Menschen zu bewältigen sind. Das geht nicht ohne den Platz. Essener Straßen gehören zum größten Teil den Autos. Für Busse und Bahnen bleibt wenig Raum. Sie teilen sich die Straßen mit den Autos, so dass es immer wieder zu Verspätungen kommt.

Wir brauchen eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten des Nahverkehrs. Wo immer möglich sollten Busse und Bahnen auf ihren eigenen Trassen fahren und an Kreuzungen Vorrang haben. So wird der öffentliche Nahverkehr schneller und pünktlicher, die Netze werden leistungsfähiger.

### Kosten der Verkehrswende

Die Kosten für den Ausbau und Umbau des öffentlichen Nahverkehrs sind beträchtlich. Auch wenn die Kosten nicht sofort und in vollem Umfang anfallen, weil der Prozess Jahre in Anspruch nimmt, müssen wir uns doch ehrlich machen. Wir reden über Kosten, die eine Stadt wie Essen sehr schnell überfordern, wenn sie nicht vom Land und vom Bund begleitet und unterstützt werden.

Wir brauchen also einen neuen „Stadtvertrag“. Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt ist ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr. Der ist nicht zu haben ohne das Ende von Privilegien, die die Autofahrenden bis heute genießen. Da alle von einem attraktiven Nahverkehr profitieren – unmittelbar und mittelbar –, sollen sich auch alle ihren Möglichkeiten gemäß an den Kosten beteiligen.

Samstag, 9. Dezember, 12 Uhr, Willy-Brandt-Pl.

### Fuß- und Radverkehr stärken

Ohne Busse und Bahnen geht es nicht! Wer weniger Autos auf der Straße will, muss für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr sorgen. Als ob das nicht schon schwer genug wäre, muss eine attraktive, gesunde und lebenswerte Stadt darüber hinaus den Fuß- und den Radverkehr stärken. Heute gehört diesen beiden schwächsten Gruppen nur ein kleiner Restraum, den sie sich häufig genug noch mit anderen Verkehrsteilnehmer\*innen teilen müssen. Autofahrende nutzen Rad- und Fußwege als Parkplatz – und müssen dafür nur selten ein Ordnungsgeld zahlen. Auf Geh- und Radwegen stehen Mülltonnen, Laternenmasten, Stühle und Tische der Außengastronomie, auch Pylone für die Oberleitungen der Straßenbahnen.

Das muss sich grundsätzlich ändern! Die Verkehrswende gibt es nur mit attraktiven Fuß- und Radwegen. Wir alle kennen und genießen die Straßen und Plätze in Europas Süden. Die Defizite einer ohnehin geschundenen Stadt wie Essen sind gerade hier so eklatant, dass es Jahre dauern wird, die Fehler einer jahrzehntelangen fehlgeleiteten Autoliebe zu überwinden und zu beheben. Fangen wir jetzt damit an!

### Dieselfahrverbot – und dann?

Am 22. Februar 2018 wird das Bundesverwaltungsgericht wohl einen Beschluss zum Dieselfahrverbot fassen, der auch für Essen unmittelbar Bedeutung hat. Sollte das Gericht zum Schluss kommen, dass die vorgeschriebenen Grenzen einzuhalten und dafür Fahrverbote für besonders schmutzige Autos durchzusetzen sind, dann wird es auch für die Fahrer\*innen von Dieselaautos in Essen eng. Die Stadt wird dann nicht mehr um Fahrverbote herumkommen, weil Essen zu den schmutzigen Städten dieses Landes zählt.

Am 6. März 2018 kommt Dorothee Saar von der Deutschen Umwelthilfe, die gegen etliche Städte erfolgreich geklagt hat, nach Essen. Wir wollen mit ihr über die Konsequenzen des Urteils und über Alternativen zum Personen- und Güterverkehr auf der Straße diskutieren. Informationen zu Ort und Uhrzeit teilen wir rechtzeitig mit. Über zahlreiche Beteiligung freuen wir uns schon jetzt. Essen ist reif für die Verkehrswende!

## Aktionstag am 9. Dezember Hände weg vom Sozialticket!

Die schwarz-gelbe Landesregierung plant bis 2020 die schrittweise Abschaffung des Sozialtickets und schränkt damit unmittelbar die Mobilität armer Bürgerinnen und Bürger ein. Wir rufen dazu auf, sich am 9. Dezember dieser unsozialen Kürzungspolitik von CDU und FDP entgegenzustellen: Hände weg vom Sozialticket!

drei Kilometer Autobahn zu bauen? 300.000 Menschen profitieren derzeit in NRW vom Sozialticket. Nicht nur im Ruhrgebiet leben überdurchschnittlich viele Menschen, die auf Hartz 4 und Sozialhilfe angewiesen sind. In Essen stellen aktuell etwa 20.000 Menschen ihre Mobilität mit Hilfe des Sozialtickets zum Preis von 37,80 Euro im Monat sicher. Fallen die Landeszuschüsse weg, müssten sie fast doppelt so teure Monatskarten oder noch teurerer Einzelfahrtscheine bezahlen. Dabei sind im Regelsatz lediglich 26,77 Euro für den Personennahverkehr vorgesehen. Und dabei ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gerade für finanziell schlechter gestellte Menschen, die sich meist kein Auto leisten können, Voraussetzung für die Bewältigung des Alltags und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Hände weg vom Sozialticket! Keine Kürzung der Landeszuschüsse!
- Stattdessen: mehr gesellschaftliche Teilhabe durch Ausbau öffentlicher Mobilität!
- Das Sozialticket billiger und für mehr Menschen verfügbar machen!

Anstatt das Sozialticket wegzukürzen, gehört es deutlich verbessert. Ein sozialpolitischer Kahlschlag von Tragweite, um vielleicht

# Sozialticket: Kürzung liegt vorerst auf Eis

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Von Ralf Fischer

Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Henrik Wüst (CDU) hatte am 22. November 2017 im Verkehrsausschuss des Landtages angekündigt, die Zuschüsse für das Sozialticket ab 2018 zu kürzen und 2020 ganz zu streichen. Gewerkschaften, Sozialverbände und sogar CDU-Ratsfraktionen liefen Sturm. Nun ist die Kürzung für 2018 erstmal vom Tisch.

In 2017 wurde das Sozialticket mit 40 Millionen Euro bezuschusst. 2018 sollte dieser Betrag um fünf Millionen Euro und 2019 um 15 Millionen Euro gekürzt werden. 2020 sollte er komplett wegfallen. Das Geld sollte ausgerechnet in den Straßenbau fließen. Abgesehen vom falschen politischen Signal in der Verkehrspolitik, in der der drastische Ausbau von Bus und Bahn auf der Tagesordnung stehen müsste, hätte das die Abschaffung des Sozialtickets bedeuten können.

Das Sozialticket für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen kostet derzeit im VRR 37,80 Euro: Rund

300.000 Betroffene in NRW, in Essen allein etwa 20.000, können mit Bus und Bahn mobil sein, ohne fast doppelt so teure Monatskarten oder noch teurerer Einzelfahrtscheine kaufen zu müssen. Nach Berechnungen des Verkehrsclub Deutschland (VCD) wären sogar 1,15 Millionen Menschen in NRW berechtigt, das Sozialticket zu kaufen.

Aus Sicht der Partei DIE LINKE ist es immer noch zu teuer, schließlich enthält der Regelsatz für Hartz4-Berechtigte nur 26,77 Euro im Monat für den Nahverkehr. Außerdem ist es auf die einzelne Stadt beschränkt und wird damit den Bedürfnissen gerade im Ruhrgebiet nicht gerecht.

Das Sozialticket war 2011 von der damaligen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) eingeführt worden. Und wo alle Welt jetzt meint, eine Minderheitsregierung sei unmöglich: Das war die beste Zeit der Regierung Kraft, als sie sich für jedes Vorhaben ihre Mehrheit suchen musste. Mal fand sie sie bei der CDU, mal aber auch links – weil DIE LINKE im Landtag vertreten war. Wir können mit Fug und Recht sagen,

dass die neue Landesregierung das Sozialticket nur deswegen angreifen konnte, weil DIE LINKE nicht mehr im Landtag sitzt.

Mit der Streichung des Zuschusses für das Sozialticket hätte sich die Landesregierung außerdem über das eindeutige Votum von Stadträten wie dem Essener Rat und dem Regionalverband Ruhr (RVR) hinweggesetzt, die sich für das Sozialticket stark gemacht hatten. Und wer es nicht vorher wusste, weiß es jetzt: NRW hat mit CDU und

FDP eine Landesregierung, die für soziale Kälte und Ausgrenzung steht. Mit dem Versuch, die Zuschüsse für das Sozialticket zu streichen, hat sie jetzt ihr „Armutszugnis“ abgeliefert!

Der Protest wurde so groß, dass die Landesregierung zurückrudern musste. Doch auf diesem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Kürzungen ab 2019 sind noch nicht vom Tisch. Daher findet auch in Essen die für den 9. Dezember angekündigte Aktion weiterhin statt!

### Maut für alle?

Auch wenn momentan keiner drüber redet: Die Maut ist von der (noch amtierenden) GroKo beschlossen und wird kommen. DIE LINKE ist gegen diese Maut, weil sie ökologisch und sozial blind ist, die falschen Anreize setzt, mehr kostet als bringt und vor allem ein Datenmonster ist. Mit ihr wird nicht die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, sondern deren Privatisierung vorbereitet.

Autofahrende müssen sich mehr als bisher an den Kosten der Straßeninfrastruktur beteiligen. Am einfachsten und gerechtesten geschieht dies über eine geringfügige Anhebung der Mineralölsteuer. Eine Anhebung nur um 5 Cent pro Liter brächte zusätzliche 1,7 Milliarden Euro ein. Am wenigsten zahlen die, die wenig fahren und kleine, spritsparende Autos haben, am meisten die Vielfahrenden und die mit den großen Autos.

Übrigens, auf der Schiene gibt es die Maut längst. Jeder Kilometer Schiene und jeder Haltepunkt kostet die Nutzer\*innen Geld. Dieses Geld fließt heute in die Taschen der DB Netz und der DB Station & Service, aber nicht (notwendig) in den Erhalt der Systeme.



Was macht die Fraktion sonst noch?

**Pflegepersonal aufstocken!**

Merkel und Schulz betonen im Wahlkampf, dass für den Pflegeberuf eine Lösung gefunden werden müsse. Bessere Bezahlung und mehr Pflegekräfte seien notwendig. Die Bundesregierung beabsichtigt jetzt offenbar, lediglich 1.000 bis 6.000 neue Stellen zu schaffen. Bei etwa 100.000 fehlenden Stellen und steigenden Patient\*innenzahlen trüge dies nichts zur Lösung des Problems bei.

DIE LINKE hat den Worten Taten folgen lassen und eine parlamentarische Initiative gestartet. Eine angemessene Anzahl von Pflegekräften wird es erst geben, wenn eine gesetzliche, bundesweit einheitliche und verbindliche Personalbemessung gibt und die Personalkosten vollständig finanziert werden. Der Wettbewerb um die geringsten Kosten muss beendet werden, um eine gute Pflege und Versorgung sicherzustellen und die Belastung des Pflegepersonals zu verringern. (Drucksache Nr. 19/30 vom 03.11.2017)

**Direkte Demokratie ermöglichen!**

Der Souverän in der Demokratie ist die Bevölkerung. Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes bestimmt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Trotzdem beschränkt sich die Ausübung der Staatsgewalt nur auf das Wahrecht. Demokratie muss aber Tag für Tag von Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden und auch gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Daher muss das Grundgesetz um Entscheidungen durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ergänzt werden, fordert DIE LINKE. Damit der Bevölkerung in ihrer Vielfalt Einflussnahme ermöglicht wird, ist der Kreis der Wahlberechtigten dabei auf alle Menschen, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, sowie auf Jugendliche zu erweitern. (Drucksache Nr. 19/16 vom 26.10.2017)

**Lobbyregister einführen!**

Rings um das Regierungsviertel in Berlin versuchen laut Abgeordnetenwatch bis zu 6.000 Lobbyist\*innen tagtäglich, Einfluss auf die Entscheidungen im Bundestag zu nehmen. 706 besitzen sogar einen Hausausweis für den Bundestag. Doch bisher wissen wir nicht, wer sich dort alles „bemüht“.

Ein verpflichtendes Lobbyregister soll Transparenz darüber herstellen, welche Interessenvertretung in wessen Auftrag und mit welchem Budget auf die Gesetzgebung oder andere politische Entscheidungen einwirkt oder einzuwirken versucht. Ziel ist die öffentliche demokratische Kontrolle der Einflussnahme. Daneben fordert DIE LINKE das Verbot der Erfolgshonorare für die Interessenvertretung. (Drucksache Nr. 19/15 vom 26.10.2017)

**Unser Land bleibt vielfältig und bunt**

**Ihr seid nicht „das Volk“!**

Was verändert sich mit der AfD im Bundestag? Werden Fake-News Einzug halten im höchsten deutschen Parlament? Wird demnächst Hetze und Hass vom Redepult aus verbreitet werden?

Von MdB Niema Movassat

Dies sind einige der vielen Gedanken, die mir durch den Kopf gingen, als ich am 24. Oktober 2017 den Bundestag betrat. Es war der Tag der Konstituierung des Deutschen Bundestages. Erstmals seit vielen Jahrzehnten sitzt wieder eine Partei im höchsten deutschen Parlament, die offen rassistisch und in Teilen sogar faschistisch ist.

**AfD selbst für Leute wie Frauke Petry zu rechts**

Eine Partei, die bereits zwei Abgeordnete verloren hat, bevor der Bundestag überhaupt erstmals zusammengekommen ist. Es ist schon bemerkenswert, dass mittlerweile selbst jemandem wie Frauke Petry, die auch mal „noffalls“ an der Grenze auf Flüchtlinge schießen lassen wollte, die AfD zu rechts geworden ist.

Wir Parlamentarier mit migrantischen Wurzeln, im neuen Bundestag sind es wohl mindestens 57 Abgeordnete, also acht Prozent der Parlamentarier, sind im besonderen Maße durch die AfD herausgefordert. Ginge es nach der AfD und ihrer gewünschten rigiden Ausländerpolitik, wären wohl einige von uns heute keine deutschen Staatsbürger\*innen und würden demnach auch nicht dem Bundestag angehören. Der AfD-Mob, also die so genannten „Wutbürger“ schicken auch mir regelmäßig „freundliche“ E-Mails und Briefe, in denen sie mich als „Islamisten“ und „Kanacken“ beschimpfen. Seit vielen Monaten geht das schon so. Aus dieser Artikel wird zweifellos wieder solche Reaktionen hervorrufen.

**Hass als Lebenselixier**

Von einem ausländisch klingenden Namen wird auf die Religion und von der Religion auf Fundamentalismus geschlossen. Völlig egal, ob man wie ich gar kein Muslim ist. Dieser Hass und die Vorurteile auf Migrant\*innen ist Teil der Entstehungs- und Erfolgsgeschichte der AfD. Sie ist ihr Lebenselixier. Aber nicht nur gegen Migrant\*innen hetzt die AfD: Gegen Schwule und Lesben, gegen emanzipierte Frauen oder einfacher gesagt: gegen alle, die nicht in das stockkonservative Weltbild der AfD passen. Ich habe keine Ahnung, wie viele AfD-Abgeordnete so ähnlich ticken wie ihre Anhängerinnen und Anhänger. Zweifellos werden es einige sein. Dies macht den Einzugs der AfD für Menschen wie mich besonders entsetzlich. Der Gedanke, dem-



Niema Movassat, MdB DIE LINKE

nächst Rassist\*innen in irgendwelchen Bundestagsfluren zu begegnen, im selben Ausschuss wie sie zu sitzen, all das behagt mir wenig. Wegducken ist aber keine Option, dass hätten sie gerne.

Es wird darauf ankommen, in den nächsten vier Jahren Widerstand gegen die AfD zu leisten – im Bundestag und

außerhalb des Bundestages. Der Hass der AfD bezieht sich zwar im Besonderen auf Migrant\*innen, aber eben auch auf die parlamentarischen Institutionen als Solches.

Für einen relevanten Teil der AfD dürfte der Bundestag – in Tradition zu den Nazis früher – eine „Schwatzbude“ sein. Wie geht man damit um? Wie behandelt man die AfD? Eine Frage, die sich zurzeit vermutlich viele Kolleginnen und Kollegen stellen.

**Fake-News: AfD legt los**

Einige Dinge sind für mich hierbei völlig klar: Keine gemeinsamen Anträge mit der AfD, kein Beifall für AfD-Abgeordnete, keinerlei Kooperation. Abge-

sehen davon, dass dies sich schon aus politisch-inhaltlichen Gründen kaum anders ergeben wird, muss es auch darum gehen, die AfD zu isolieren und eben nicht so zu tun, als ob sie eine „ganz normale Partei“ sei. Das ist sie nicht. Wer Intoleranz predigt, wer Religions- und Meinungsfreiheit, so wie es die AfD tut, in Frage stellt, der steht eben nicht auf dem Boden der Grundwerte des Grundgesetzes. Ein weiterer Punkt wird in der Auseinandersetzung mit der AfD ebenfalls zentral sein: Die Fake-News, die die AfD verbreitet, aufzudecken. Mit Fake-News ging es nämlich gleich los bei der ersten Sitzung des Bundestages. Die AfD echaufferte sich über die Änderung der Geschäftsordnung, nach der nicht mehr der älteste Abgeordnete, sondern der dienstälteste Abgeordnete den neugewählten Bundestag eröffnet.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Baumann, behauptete in seiner Rede, nur einmal sei die Regelung geändert wurden, und zwar 1933 durch den NSDAP-Politiker Hermann Göring, „weil er politischen Gegner auszugrenzen wollte, damals Clara Zetkin“.

Damit stellte Baumann die bisherigen Abgeordneten des Bundestages in eine Reihe mit einem der größten Verbrecher der deutschen Geschichte. Und er log dreist: Zetkin von der KPD war bei der Konstituierung des Reichstags am 30. August 1932 Alterspräsidentin. 1933 gab es aus zwei Gründen für sie keine Möglichkeit mehr, als Alterspräsidentin zu wirken: Göring hatte einen Kandidaten aufstellen lassen, dessen Hauptqualifikation darin bestand, älter als Zetkin zu sein. Und im März 1933 wurden dann alle KPD-Abgeordnete mit Terror und Gewalt von der Ausübung ihres Mandats abgehalten. Man merkt: Die AfD

lügt dreist, stellt die Fakten im Bundestag falsch dar und zieht einen historischen Vergleich, der völlig inakzeptabel und geschmacklos ist.

**DIE LINKE sagt geschlossen „Nein“ zu Glaser**

Gleichzeitig muss aber diese Debatte eins mahnen: nicht wegen der AfD parlamentarische Regeln zu ändern, der AfD keinerlei Möglichkeit geben, sich wegen Formalien und parlamentarischen Abläufen in die Opferrolle zu begeben. Dies bedeutet gleichzeitig nicht, dass es irgendeine Verpflichtung gibt, ihre Kandidat\*innen zu wählen. Ihr Bewerber für das Amt des Vizepräsidenten, Albrecht Glaser, fiel dreimal durch, und das ist auch gut so.

Jemand, der den Islam nicht als Religion sieht und damit die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ablehnt, ist schlicht nicht geeignet, eines der höchsten Ämter im Staate, das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages, zu bekleiden. Ich bin stolz, dass meine Fraktion Die Linke hier geschlossen „Nein“ zu Glaser gesagt hat.

Ich hoffe, dass die nächsten vier Jahre den „Wir sind das Volk“-Schreibern der AfD zeigen werden, dass sie eben nicht „das Volk“ sind. Die Bevölkerung in Deutschland ist vielfältig und bunt. Dies werden die AfD Abgeordneten auch immer wieder im Bundestag sehen und erleben müssen.

Sie werden hoffentlich inhaltlich gestellt werden, merken, dass ihre Fake-News aufgedeckt werden und Hass auf Minderheiten alleine nicht reicht, um Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu geben.

NATO-Militärkonferenzen in der Messe Essen

**Friedensbewegung fordert Verbot**

Seit Herbst 2015 finden höchstrangige Militärkonferenzen in der Messe Essen statt, die von führenden Rüstungsbetrieben, auch der Nuklearrüstung der USA, gesponsert werden. Seit drei Jahren demonstriert die Friedensbewegung Anfang Oktober gegen diese Konferenzen.

Einladet ist die Militärstrategie-Schmiede der aus dem linksrheinischen Kalkar, die die NATO Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) nennt. Das JAPCC betrachtet sich selbst als „Denkfabrik“. Es kooperiert eng mit dem „Gemeinsamen Kriegsführungszentrum“ der NATO, und es hat deutlichen Anteil an der Drohnen- und Weltraum-Planung der NATO.

Die Essener JAPCC-Konferenz 2015 lief unter dem Thema „Strategische Kommunikation“. Im Einladungstext beklagten die Militärs, dass Kräfte wie die Friedensbewegung Erfolge darin haben, die zögerliche bis ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Operationen der Militärs zu verstärken. Man will mit „strategischer Kommunikation“ dagegenhalten. Das geht zum Beispiel so:

Im Vorbereitungsmanuskript der Konferenz bedauerten die Autoren, dass der Irakkrieg mit der Lüge von Massenvernichtungswaffen in den Händen der irakischen Führung unter Saddam Hussein rechtfertigt wurde, die es allerdings nicht gab. Hätte US-Präsident Bush doch, so das JAPCC, nur mehr auf Husseins Grausamkeit verwiesen, dann wären nicht so viele Menschen gegen den Krieg aktiv geworden. Es geht den Militärs also gar nicht darum, dass der Krieg völkerrechtswidrig war, sondern nur um eine geschicktere Propaganda als Begründung, die der Öffentlichkeit im Sinne der NATO zu manipulieren.

Die JAPCC-Konferenz 2016 befasste sich mit der Operationsfähigkeit in einer „durch Zerstörung geschädigten Umgebung“. Moderator der Konferenz, Luft-Commodore Elliot, schrieb im Vorbereitungsmanuskript: „Als ich meine militärische Karriere während des Kalten Krieges begann, antizipierte die NATO Handlungen in teilweise zerstörten Umgebungen ... hinsichtlich der Notwendigkeit, in einer nuklear, biologisch oder chemisch ... geschädigten Umgebung zu handeln.“ Er regte an, solche Möglichkeiten stärker in Überlegungen einzubeziehen.

Passend dazu ist, was die bislang letzte Essener JAPCC-Konferenz im Oktober 2017 unter dem Thema „Abschreckung“ behandelte: Laut Vorbereitungsmanuskript erzielten Waffen, die man nicht einzusetzen bereit sei, keine abschreckende Wirkung: „Das ist der Grund dafür, dass ... die Notwendigkeit für Nuklearstaaten besteht, Doktrinen und Pläne für ihre

Anwendung zu haben.“ Die Strategieschmiede JAPCC arbeitet also an Kriegsplanungen, die das nukleare Inferno beinhalten.

Auf der Klever Konferenz „Future Vector“ hieß es in den Tagungsmaterialien, es sei anzuzweifeln, dass es keinen „großen Krieg“ mehr in Europa geben werde. Man reagiert seitens der Militärs nicht mit der obersten Priorität einer auf Entspannung und Frieden ausgerichteten Politik, sondern man plant den 3. Weltkrieg mit ein, den Untergang der Zivilisation.

Nach Artikel 26 des Grundgesetzes sind Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, verfassungswidrig. Sie sind zu verbieten. In der zwingenden Konsequenz ist die einzig verantwortbare Antwort, der Forderung der Friedensbewegung zu folgen und diese



Am 7. Oktober 2017 demonstrierte die Friedensbewegung in Essen gegen die NATO-Konferenz in der Messe

Foto: Bernhard Trautvetter



Konferenzen in der Messe Essen zu verbieten. Die Friedensbewegung hat vor jeder der Essener JAPCC-Konferenzen Friedensaktionen durchgeführt.

Gewerkschafter\*innen, Angehörige verschiedener Glaubensrichtungen, Antifaschist\*innen, Sozialdemokrat\*innen, Linke, Grüne und Kommunist\*innen waren dabei. Auf der Friedensaktion 2016 betonte Eugen Drewwermann, angesichts der vielen Hungertoten und der Flüchtlingschicksale weltweit gebe es enorm viel zu tun. Angesichts dessen seien die immense Rüstung und der Waffenexport nicht verlogen, sondern eine Perversion.

Konstantin Wecker schrieb in seinem Grußwort in diesem Jahr: „Eurer Protest gegen den erneuten Kriegsrat des JAPCC in Essen verdient Beachtung und Erfolg in den Köpfen und Herzen der Menschen weit über Essen und das Ruhrgebiet hinaus, europas- und weltweit.“ Gabriele Krone-Schmalz schrieb in ihrem Grußwort: „Die große Aufgabe dieses Jahrhunderts scheint mir zu sein, Feindbilder abzubauen und sich Realitäten zu stellen, statt mit einer westlichen Werteideologie Kreuzzüge anzuzetteln, die nirgendwo auf der Welt im Sinne von Menschenrechten und Menschlichkeit irgendwas gebracht haben.“ Margot Käßmann ergänzte: „Wir können anknüpfen an Frauen und Männer, die sich in ihrer Zeit gegen Geist, Lo-



Unser Gastautor ist einer der Sprecher des Essener Friedensforums.

und grundgesetzwidrigen Konferenzen nicht zuzulassen. Bislang sind etwa 300 Unterschriften zusammen, weitere werden gesammelt. Wer unterschreiben möchte, kann den Abschnitt auf dieser Seite ausschneiden und einschicken oder hier online unterschreiben: <http://www.no-natom-krieg.de/appeall-an-die-stadt-essen/> Die Friedensbewegung wird in ihrem Engagement nicht nachlassen. Das „Nein“ der Essener No-NAToM-Krieg-Demonstrationen ist ein „Ja“ zum Leben.

Keine Abschiebung ins Kriegsgebiet!

**Aus Essen in den Tod?**

von Jules El-Khatib

Landesregierung zeigten allerdings kein Interesse an der Einschätzung des UNHCR und begannen vor wenigen Monaten wieder damit Menschen abzuschieben. Diese Politik wird von Flüchtlingsorganisationen als „Abschiebung in den Tod“ bezeichnet. Das ist leider keine Übertreibung, sondern bittere Realität. Dies zeigt das traurige Beispiel von Farhad Rasuli, der am 14. Februar von Deutschland nach Kabul abgeschoben worden war. Er wurde drei Monate nach seiner Abschiebung nach Afghanistan von den Taliban, vor denen er aus politischen Gründen geflohen war, gemeinsam mit seinem Cousin umgebracht. Farhads Ermordung ist dabei kein Zufall, sondern trauriger Alltag in dem Land, in dem 31 von 34 Provinzen als Kriegsgebiet gelten. Das vergangene Jahr stellte auch in anderer Hinsicht einen traurigen Höhepunkt dar, denn noch nie sind so viele Zivilist\*innen umgebracht worden. Nach Angaben der UN-Mission in Afghanistan (Unama) kam es zu fast 3.500 Todesopfern und mehr als 7.900 Verletzten. Dass ausgerechnet in dieser Situ-

ation Afghanistan als teilweise „sicher“ betrachtet und dorthin abgeschoben wird, ist auch eine Folge des gesellschaftlichen Rechtsdrucks, in dem sich unser Land befindet. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die afghanischen Geflüchteten zu schützen, beantragte die Fraktion DIE LINKE, im Rat der Stadt Essen, „Abschiebungen nach Afghanistan bis auf weiteres generell aussetzen“ und forderten die Stadt auf, dass diese gegenüber dem Land deutlich macht, dass es keine Abschiebung nach Afghanistan geben dürfe. Statt diesen Antrag zu behandeln und ihn zu verabschieden, wurde er einfach von der Tagesordnung genommen, um einer Debatte über die Folgen der Abschiebepolitik zu entgehen. Diese Entscheidung der Mehrheit des Stadtrats offenbart dabei insbesondere die Verlogenheit der SPD. Diese hatte sich auf Bundesebene gegen Abschiebungen nach Afghanistan ausgesprochen, zögert aber in den Kommunen, wenn es darum geht, die Menschen zu schützen

Der Autor ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

**Appell an die Stadt Essen**

Wir appellieren an die Stadt Essen, die Jahreskonferenzen des Joint Air Power Competence Centre in der Messe Essen nicht mehr zuzulassen.

Begründung: Sie widersprechen dem Völkerrecht und dem Grundgesetz: Auf der Konferenz 2015 hat das JAPCC bedauert, dass G.W. Bush den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak statt mit der unzutreffenden Begründung nicht mit Husseins Grausamkeit begründet hat. Auch diese Begründung hätte aber das völkerrechtsbrüchige Vorgehen nicht legitimieren können. Dieses Jahr, wie auch 2016 wird der Atomkrieg mit ins Kalkül genommen. Die Militärs betonen, bereit für den Einsatz nuklearer Potentiale zu sein. (Read Ahead-Manuskript Seite 40). Zu den Sponsoren zählt der Nuklear-Rüstungskonzern Lockheed Martin. Wir stützen unseren Appell auf die frühen Worte des Essener Ex-Bundespräsidenten Gustav Heinemann, die er im Verlauf der Diskussion über die Atombewaffnung der Bundeswehr 1958 im Bundestag sagte: Das Völkerrecht setzt wenigstens zwei Grenzen in der Handhabung des Krieges – wörtlich weiter: „Erlaubt ist keinesfalls Gewalt gegen Nichtkombattanten ... Die neuen sogenannten Waffen sind ... das Ende aller Erunggenschaften abendländischer Kultur.... Es ist eben die Frage, ... ob irgend ein Grund die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln rechtfertigt, ... Sie sagen: Aber wir wollen ja diese Massenvernichtungsmittel nur zur Abschreckung, zur Drohung! ...Sie müssen dennoch letzten Endes sagen, dass Sie den Atomkrieg wollen“

Erst-Unterschriften: A.Keienburg - pax Christi, J.Schramm - DFG-VK NRW, Prof. Prof. h.c. Dr. Schmalz - IPPNW, Dr. W.Strahl - Cap Anamur , B.Trautvetter - Essener Friedensforum

Name	Wohnort	ggf. Organisation Unterschrift

Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte  
(Karl Marx)

# Next Stop: Sozialismus?

„Voll unmöglich“, „Schöne Idee, klappt aber nicht!“ So etwas und viel mehr begegnet einem, wenn man sich als Sozialist\*in outet. Meine Antwort: Sozialismus ist möglich und kann klappen. Der Weg dahin ist steinig. Und nicht alle Wege führen zu einem Sozialismus, der den Namen verdient. Ich verstehe die Diskussion über Wege zum Sozialismus daher eher in die Richtung: Was sind mögliche Strategien? Was können wir tun?

von Niema Movassat

Sozialismus bedeutet insbesondere, die bürgerliche Klassengesellschaft zu überwinden. Der deutsche Sprachgebrauch ist bei der Forderung der Arbeiterklasse leider wenig hilfreich. Der Begriff existiert zwar, klingt jedoch für viele Menschen antiquiert und im 19. Jahrhundert verhaftet. Anders als im Englischen, wo der Begriff „working class“ Teil des allgemeinen Sprachgebrauchs ist.

Zweifelloso war der Klassenbegriff früher einfacher zu fassen. Im Zuge der Industrialisierung entwickelte Karl Marx den Klassenbegriff: Demnach stehen sich zwei Großgruppen mit einander ausschließenden Interessen gegenüber: das Proletariat und die Bourgeoisie. Entscheidendes Kriterium für die Klassenzugehörigkeit ist der Besitz an Produktionsmitteln. Die Besitzer von Produktionsmitteln, insbesondere Industrieanlagen – die Kapitalisten – leben auf Kosten der Proletarier\*innen, die nichts außer ihrer Arbeitskraft besitzen und diese verkaufen müssen, um zu überleben.

# 100 Jahre Oktoberrevolution

... und WAZ manche Zeitungen darüber schreiben, wenn sie DIE LINKE angreifen wollen

von Daniel Kerekes

Während man die Französische und die Amerikanische Revolution feiert, die deutlich mehr Opfer forderten als die Russische, wird der positive Bezug auf die Oktoberrevolution von bürgerlichen Medien fast immer kritisiert. Die russischen Sozialistinnen und Sozialisten gaben den Bäuerinnen und Bauern ihr Land, schufen den Grundpfeiler für das Ende des 1. Weltkriegs und entmachteten einen absoluten Monarchen.

Es folgte die Gleichstellung von Mann und Frau und die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen – in



Deutschland dauerte das ganze 95 Jahre länger! Alexandra Kollontai schaffte in ihrem Ministerium alle Hierarchien ab, und alle Mitarbeiter\*innen dort hatten das gleiche Mitspracherecht. Antisemitismus wurde unter Strafe gestellt, Beamte waren abwählbar, und die Anzahl der Universitäten stieg bis 1919 von sechs auf 19. Trotzdem schaffte es die Westdeutsche Allgemeine Zeitung, einen LINKE-Politiker für seinen positiven Bezug auf diese Errungenschaften zu kritisieren. Er „würde damit die Millionen Toten“ der Revolution ver-

harmlosen. Schön blöd, dass die historischen Fakten eine andere Sprache sprechen: Während der Revolution kamen fast keine Menschen ums Leben. Es gibt eine kleine Legende, die besagt, dass bei den Dreharbeiten zum



Marx und Lenin - müssen alte Zöpfe ab?

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung kann man Schlüsse für das hier und jetzt ziehen. Für die ganz ursprüngliche Sozialdemokratie bzw. die frühe KPD vor der Stalinisierung war immer klar, dass der Weg zum Sozialismus nur durch eine Revolution möglich ist. Die Sozialdemokratie von Ebert und Noske, die sich auf den Reformisten Eduard Bernstein berief, hingegen beansichtigte, den Kapitalismus zu zügeln, um so Schritt für Schritt über den parlamentarischen Weg zu einem sozialistischen System zu kommen. In Deutschland scheiterte bis heute sowohl der Reformismus als auch der Revolutionsweg. Die SPD wurde zur Partei des kleineren Übels, die sogar mit erzkonservativen und reaktionären Kräften wie der Reichswehr zusammenarbeitete, kommunist\*innen erschießen ließ, Berufsverbote verhängte und heute schließlich in die Agenda-2010-Politik mündete.

Alle Wege führen zum Sozialismus? Sozialismus ist ein politisches und wirtschaftliches System im Interesse der absoluten Mehrheit der Menschen, gestaltet durch die absolute Mehrheit für die absolute Mehrheit. Es muss, um auf Lenin zurück zu kommen, ein System frei von Ausbeutung und Unterdrückung sein. Kommunist\*innen erschließen ließ, Berufsverbote verhängte und heute schließlich in die Agenda-2010-Politik mündete. Zweifelloso wurde die Novemberrevolution 1918 durch die Sozialdemokratie verraten und in Zusammenarbeit mit kaiserlicher Armee und rechtsgerichteten Freikorps niedergeschossen, bevor sie ihr Potenzial entfalten konnte. Luxemburg und Liebknecht kämpften gegen das Bündnis der Sozialdemokratie mit den Stützen des Kaiserreichs.

Rosa Luxemburg formulierte in der Situation einer unvollendeten Revolution und einer absehbaren Defensive von Sozialistinnen und Sozialisten eine Politik, die sie selbst als „revolutionäre Realpolitik“ bezeichnete. Ausgehend von den dringenden Nöten der Arbeiter und großer Teile

der Bevölkerung soll an Lösungen gearbeitet werden, die deren Lage spürbar im Hier und Jetzt verbessern. Zugleich verkennt sie nicht, dass die Überwindung des Kapitalismus nur in einem revolutionären Prozess möglich ist. Der Weg dahin sollte vor allem durch das eigene demokratische Handeln der Arbeiter\*innen, durch Lernprozesse in der praktischen Veränderung, bestritten werden. Es sollte weniger eine Politik für die Arbeiter\*innen als durch sie sein.

Die Realität hat die Idee, dass dieser Weg des Reformismus funktionieren könnte, weitgehend überholt. Salvador Allende, Mitterrand, aber auch aktuell die Sozialist\*innen in Venezuela haben alle versucht, sozialistische Politik durch Parlamente einzuführen. So ehrenwert ihre Ziele waren – sie scheiterten. Denn die Bourgeoisie wird es sich nicht bieten lassen, dass durch Wahlen ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell abgeschafft wird. Für Sozialist\*innen in der Regierung gilt, was Tucholsky treffend formulierte: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

Wie kommen wir zum Sozialismus? Nicht durch sektierisches Verhalten und nicht über den parlamentarischen Weg, sondern durch einen langen, steinigen und beschwerlichen: Unterstützung von fortschrittlichen Bewegungen, Aktivität in Arbeitskämpfen, tagesaktuelle Forderungen zur Verbesserung der Situation, Zusammenführung unterschiedlicher gesellschaftlicher Kämpfe, politische Bildung, Aufbau von Gruppen, Gewinnung von Aktiven.

Die Geschichte ist eher eine Aufforderung an uns, es beim nächsten Mal besser zu machen!

Die Macht hat im bürgerlichen Staat nämlich nicht die Regierung. Die Bourgeoisie kann durch Drohungen von Arbeitsplätzen ins Ausland jederzeit recht effektiv ihre Interessen durchsetzen. Dies bedeutet jedoch nicht, Verbesserungen im hier und jetzt abzulehnen, nur weil sie nicht sofort zum Sozialismus führen würden. Revolutionär\*innen müssen die besseren Reformer\*innen sein. Sie werden stets für Verbesserungen im Hier und Jetzt kämpfen: für einen höheren Mindestlohn, besseren Arbeitsschutz, mehr Rechte von Erwerbstätigen usw. Aber sie werden sich nie der Illusion hingeben, dass man durch reformistische Politik einer sozialistischen Gesellschaft näherkommen könnte.

Dieses Jahr feiern wir das 100ste Jahr der russischen Revolution. Häufig existieren Trugbilder über solche Revolutionen, es wären sie eine kurze, ruckartige Bewegung und Veränderung: Da wurde „mal eben der Winterpalais durch Lenin und seine Leute gestürmt und schon war der Sozialismus da.“ Aber: Der russischen Revolution gingen monate- bzw. jahrelange gesellschaftliche Auseinandersetzungen voraus. Die Klassenauseinandersetzungen nahmen zu. Die Bolschewiki wurden dabei systematisch aufgebaut, Leute gewonnen, man schloss sich Arbeitskämpfen an. Und natürlich: Der historische Moment wurde erkannt. Wohl die größte Kunst, die\* Revolutionär\*in beherrschen kann.

Erinnert sei an den Abriss des symbolträchtigen alten Rathauses zugunsten des Wertheimkaufhauses, das inzwischen einem zweiten Kaufhauskomplex weichen musste. In Steele vertrieb eine so genannte Flächensanierung tausende Steelerinnen und Steeler aus ihrem lieb gewonnenen Kiez und zerstörte wertvolle Stadtdenkmäler für Stadtarchitekten und seelenlose „Schuhkastenarchitektur“. Dass es auch anders geht, hat unsere Nachbargemeinde Hattingen vorbildlich bewiesen. Leider finden die fürchterlichen Irrtümer der Stadterneuerer ihre aktuelle Fortsetzung. In Werden wurde nun dem

so genannten Kaiser-Friedrich-Haus in der Forstmannstraße, einem wertvollen Gründerzeithaus, der Denkmalschutz versagt. Es soll für den Neubau eines Investors samt Tiefgarage geopfert werden. Obere und untere Denkmalbehörden sind noch uneinig. Der neue Landesbauminister sollte schnell den Fachstreit zwischen beiden ihm unterstellten Behörden zugunsten des Erhalts des stadtteilprägenden Kleinods in Werden beenden.

In Steele ist der Verkauf der 100 Jahre alten ehemaligen Evangelischen Pestalozzi-Volksschule am Äbtissinsteig beschlossen. Dagegen protestiert die Bürgerschaft. Für den 6. Dezember ist eine Lichterkette um das Gebäude angekündigt. 30 Jahre lang war die Alte Schule Heimat überregional arbeitender Künstlerinnen und Künstler wie Herbert Lungwitz und Doris Schöttler-Boll. Der

Kulturbeirat der Stadt Essen sprach sich einstimmig für den Erhalt aus. Mit Hilfe des öffentlichen Drucks konnte die Große Koalition bewegt werden, die Bedingungen des Verkaufs zu ändern, so dass auch der Erhalt des Gebäudes bei der Vergabe des Grundstücks gewertet wird.

Die Verwaltung der Stadt wird erst im Februar 2018 der Politik einen Verkaufsvorschlag unterbreiten. Das ist viel zu spät. Einer der möglichen Käufer, der mit der AWO zusammen das Gebäude erhalten und sanieren wollte, ist inzwischen mit seinem Krayer Medienunternehmen nach Langenberg ausgewandert. Die Verzögerungstaktik der Verwaltung sorgte für den Verlust von 30 Arbeitsplätzen und Gewebesteuer. Der Kampf für den Erhalt des Schulgebäudes geht trotzdem weiter, so der Sprecher des Vereins „Kunstraum Alte Schule e.V.“, Erwin Wiemer.

Das ist eine stark gekürzte und gegenderte Fassung; den vollständigen Text gibt es auf: [www.movassat.de](http://www.movassat.de)

# Sichere Schulwege schaffen Pilotprojekt an allen Schulen umsetzen

Wie kann man sichere Schulwege für Kinder und Jugendliche schaffen? Ein Thema, das immer wieder, insbesondere bei Schulbeginn, zurecht die Gemüter erhitzt. Wildes Parken vor den Schuleingängen, Zunahme von Eltern-Taxis, fehlende Übergänge, überhöhte Geschwindigkeiten, fehlende Übung im Zurücklegen der Schulwege durch die Kinder allein. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen.



Heike Kretschmer ist Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Bezirksvertretung Essen-West

Wenn man an einzelnen Grundschule im Stadtbezirk 3 (Essen-West) nachfragt, welche Erfahrungen sie zum Thema Schulwegsicherheit gemacht haben, erhält man immer wieder die gleiche Antwort. Schulleitungen, Elternvertreter\*innen und Kinder würden sich freuen, wenn man sich dieses Themas verstärkt annähme. Dies ist jetzt an der Andreaasschule in Rüttenscheid geschehen.



Kulturkampf in Essen

# Gewinninteressen zerstören Denkmale

Essen ist arm an stadt- bildprägender Architektur. Was der Zweite Weltkrieg übrig ließ, opfert den Gewinninteressen von Investoren.

Erinnert sei an den Abriss des symbolträchtigen alten Rathauses zugunsten des Wertheimkaufhauses, das inzwischen einem zweiten Kaufhauskomplex weichen musste. In Steele vertrieb eine so genannte Flächensanierung tausende Steelerinnen und Steeler aus ihrem lieb gewonnenen Kiez und zerstörte wertvolle Stadtdenkmäler für Stadtarchitekten und seelenlose „Schuhkastenarchitektur“.

Das ist eine stark gekürzte und gegenderte Fassung; den vollständigen Text gibt es auf: [www.movassat.de](http://www.movassat.de)

Untersuchungen der Stadt Essen ergaben schon vor 25 Jahren, dass sich die Sicherheit auf Schulwegen nur dann verbessern lässt, wenn man sich der Problematik aus der Sicht der Kinder nähert. Man muss die konkrete verkehrliche Situation vor Ort betrachten und mit mehreren Akteuren zusammen konkrete Lösungen entwickeln. Genau darauf basierte nun auch das Pilotprojekt an der Andreaasschule. Im Rahmen eines Schulkonzepts will man die Verkehrssituation vor Ort entspannen und den Kindern einen sicheren Schulweg ermöglichen.

Auf der Grundlage von Befragungen der Eltern und der Schüler\*innen sowie der Betrachtung von Gefahrenstellen vor Ort entstand ein Bündel von Maßnahmen. So wurden im Juni auf Vorschlag des ADCF sogenannte Elternhaltestellen (Hol- und Bringzonen) 200 Meter von der Andreaasschule entfernt eingerichtet. Dort sollen alle

Zwischenzeitlich ergab eine Nachfrage bei der Schulverwaltung, dass man nun plane, dass Projekt stadtweit auszurollen. Die Fraktion DIE LINKE in der BV und im Rat wird an diesem Thema dranbleiben.



Hans-Jürgen Zierus vertritt DIE LINKE in der Bezirksvertretung Essen-Ost.

so genannten Kaiser-Friedrich-Haus in der Forstmannstraße, einem wertvollen Gründerzeithaus, der Denkmalschutz versagt. Es soll für den Neubau eines Investors samt Tiefgarage geopfert werden. Obere und untere Denkmalbehörden sind noch uneinig. Der neue Landesbauminister sollte schnell den Fachstreit zwischen beiden ihm unterstellten Behörden zugunsten des Erhalts des stadtteilprägenden Kleinods in Werden beenden.

In Steele ist der Verkauf der 100 Jahre alten ehemaligen Evangelischen Pestalozzi-Volksschule am Äbtissinsteig beschlossen. Dagegen protestiert die Bürgerschaft. Für den 6. Dezember ist eine Lichterkette um das Gebäude angekündigt. 30 Jahre lang war die Alte Schule Heimat überregional arbeitender Künstlerinnen und Künstler wie Herbert Lungwitz und Doris Schöttler-Boll. Der



Anwohnerprotest der Bürgerinitiative Henri2020

Bauvorhaben Henri-Dunant-Straße

# Rüttenscheid macht dicht

von Stefan Hochstadt

DIE LINKE. Essen befürwortet entschieden den Erhalt und die Schaffung bezahlbarer Wohnungen – überall in der Stadt. Das kann aber nicht bedeuten, dass Investoren bestimmen, wie unsere Stadt künftig aussehen soll.

In Rüttenscheid werden aktuell um die 1.000 Wohnungen neu gebaut. Die meisten dieser neuen Wohnungen sind Teile größerer Vorhaben, die notgedrungen massive Auswirkungen haben werden: noch mehr Verkehr, noch weniger Erholungsflächen, noch enger und dichter, noch lauter und hektischer. Deshalb ist es unumgänglich, dass qualitativ und nachhaltig gebaut wird. Architektur und Städtebau sind maßgebliche Säulen für die künftige Attraktivität unserer Stadt. Doch leider zieht die Stadt hier gerade blank. Die Neubebauung der ehemaligen Pädagogischen Hochschule an der Henri-Dunant-Straße illustriert dies beispielhaft. Das Gebiet ist im Norden durch hochgeschossige Gebäude der 1970er Jahre, im Süden aber durch eine sehr aufgelockerte Siedlungsstruktur mit großen Freiflächen und Gärten geprägt. Hier sollen Baumaschinen realisiert werden, die sich angeblich in die „heterogene Struktur“ des Gebiets einfügen. Tatsächlich werden Gebäuderiegel in Nord-Süd-Ausrichtung so dicht aneinandergereiht, dass schon die



Stefan Hochstadt ist Soziologe und Stadtplaner, seit kurzem Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

grundsätzlichsten Kriterien qualitätsvollen Bauens nicht erfüllt werden. Auch wenn die Prosa des Bebauungsplans anderes behauptet: Hier entsteht keine Qualität im Inneren und keine Qualität im Äußeren. Wie soll eine Wohnung belüftet werden, wenn sich davor in geringstem Abstand ein anderes Gebäude in den Wind stellt? Wie soll eine Wohnung in einem unteren Geschoss beleuchtet werden, wenn das Haus selbst über 15 Meter tief ist und die Nachbargebäude vorne und hinten keine 18 Meter entfernt stehen? Wo soll Freiraumqualität entstehen, wenn es nur eine zentrale Verkehrsachse zwischen den Riegeln im Norden und den Riegeln im Süden des Plangebiets geben wird? Die Stadt verneint jedes Verkehrsproblem. Sie betont die architektonische und die städtebauliche Qualität; sie behauptet eine infrastrukturell integrierte Lage und die soziale Mischung. In Wirklichkeit ist sie ignorant gegen jede Kritik und jede Alternative. Ich wette: Die in Aussicht gestellte Quote von 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungen wird es nicht geben, weder in Bezug auf die Zahl der Wohneinheiten, noch in Bezug auf die Bruttogeschossfläche. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Teilen des Bebauungsplans werden wohl stets zugunsten des Investors und zulasten der Bevölkerung ausgelegt werden.



## Ausgehtipp

DI, 5. Dezember, 18.30 Uhr Linksjugend, Rechte Gewalt in Deutschland, mit MdB Ulla Jelpke, HR-Haus, Severinstraße 1

MI, 6. Dezember, 18 Uhr Lichterkette zur Rettung der alten Pestalozzi-Schule, Äbtissinsteig 6, Steele

DO, 7. Dezember, 19 Uhr Alte Synagoge, Vom Judentum zum ‚Staat der Juden‘, mit Dr. Joseph Heid, Edmund-Körner-Platz 1

SA, 9. Dezember, 10-18 Uhr marx 21, Winterkonferenz, HR-Haus, Severinstraße 1

MO, 11. Dezember, 19 Uhr Rosa-Luxemburg-Club Essen, Kirchen als Arbeitgeberinnen, Uni Essen, Raum S06 S00 B29

FR, 15. Dezember, 18 Uhr DIE LINKE. Essen, Rote Weihnachtsfeier, HR-Haus, Severinstraße 1

DI, 19. Dezember, 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück und -weihnachtsfeier, HR-Haus, Severinstraße 1

DI, 19. Dezember, 18.30 Uhr Linksjugend, Hochschule im Kapitalismus, mit MdB Nicole Gohlke, HR-Haus, Severinstraße 1

SA, 13. Januar, 13-18 Uhr DIE LINKE. Essen, Kleider-tausch, HR-Haus, Severinstraße 1

MI, 17. Januar, 19-21 Uhr Essener Friedensforum, Krieg gegen den Terror oder Neuer Imperialismus? mit Prof. Emer. Frank Deppe, VHS am Burgplatz

SA, 20. Januar, 15-18 Uhr Repaircafe in der Villa Rü, Girardetstraße 21, Rüttenscheid

SA, 2. Februar, 11-17 Uhr DIE LINKE. Essen, 8. Kreisparteitag, Ort: N.N.

MI, 14. Februar, 18 Uhr DIE LINKE. Essen, Politischer Aschermittwoch, Ort: N.N.

SA, 17. Februar, abends Grillo-Theater, Das Märchen von der sozialen Gerechtigkeit, Theaterplatz 11

DI, 6. März, 18.30 Uhr AK ÖPNV, Diskussion mit Dorothee Saar (Deutsche Umwelthilfe) über Diesel-Fahrverbote, HR-Haus, Severinstraße 1

Samstag/Sonntag, 9./10. März, 10-17 Uhr DIE LINKE. Essen, Feminismus-Wochenende, HR-Haus, Severinstraße 1

## Regelmäßig

DIE LINKE im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1:

MO, 17.30 Uhr: Ratsfraktion

DI, 18.30 Uhr: linksjugend [solid] ruhr

FR, 19 Uhr (ab Januar DO, 19 Uhr): Aktivist\*innentreffen

1.+3. DI, 18.30 Uhr: Arbeitskreis ÖPNV

1.+3. MI, 18 Uhr: Kreisvorstand

1.+3. MO, 19 Uhr Essen stellt sich quer, Treffen beim Antirassismus-Telefon, Steubenstraße 49

1.+3. DI, 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1



## Angesagt ...

... sind Weihnachts-Outfits nebst zugehörigen Mottopartys. Falls Ihre zu langweilig wird, besuchen Sie die Weltmeisterschaft der hässlichsten Weihnachtspullover in Frankreich.

## Abgesagt ...

... wurde das Oktoberfest, nachdem ein Arbeiter von einem Heizungstank erschlagen worden war. Die Ermittlungen laufen. Es gäbe bessere Gründe, uns diese hässlichen Outfits zu ersparen.



## Abgehackt

# Essens wundersame Wunderbäume



## Frank & Frei

von Ralf Fischer

**Moos an freistehenden Bäumen wächst dort am besten, wohin das Sonnenlicht nicht scheint: auf der Nordseite. Auch im Westen blüht es und gedeiht, der „Wetterseite“, die bei uns den meisten Regen abkriegt. Also sagen wir mal: Steht das Moos von Nord bis West, wird's was werden, welch ein Fest!**

Essen hat eine fast unheilbare Krankheit befallen, das Grüne-Hauptstadt-Fieber. Alle fragen verzweifelt, wie wir in unsere Betonwüste mehr Grün reinbekommen. Wäre ja peinlich, wenn der Titel - Kulturhauptstadt lässt grüßen - folgenlos bliebe.

Eine Fingerübung waren die Infotafeln mit einer Ausstellung über Gärten und Grünflächen. Die mussten auch nicht regelmäßig gegossen werden. Im ersten Feldversuch wurden Holzblumenkästen auf den Willy-Brandt-Platz gestellt, die nach dem Ostermarkt stehen blieben, bis alles verwelkt war. Die Dinger hätten natürlich gepflegt werden müssen. Wofür man Leute hätte beschäftigen müssen. Schwierig, schwierig!

Da greift man im Ruhrpott doch lieber auf das Blut der Bauwirtschaft zurück: Beton. Der steht sowieso überall herum, und pflegeleicht ist er auch. Also flugs zwei Fundamente gegossen, einen Alurahmen drum gebaut, den mit Moos ausgefüllt und aufgestellt. Der



City-Tree war geboren, schponsert bei Deutsche „sänk ju for träwwelling“ Bahn.

Moos sorgt für ein angenehmes Mikroklima. Es filtert Schadstoffe aus der Luft und gibt Sauerstoff ab. Jedenfalls in der Natur, wenn wir es in Ruhe lassen. Auch in gezähmtem Zustand, prahlte die Firma, die den Auftrag bekam, ersetzt eine Mooswand 275 Bäume. Jedenfalls im Labor. Gemessen

wird erst jetzt, irgendwo in Italien, während ein Bahnsprecher schon mitteilt: „Der Effekt ist ausgeblieben.“ Falls Sie das mit der Himmelsrichtung verfolgt haben: Der eine Wunderbaum stand vor dem Bahnhof, eine Seite nach Südosten gewandt, ganz schlecht für das Mooswachstum. Die andere Seite zeigte nach Nordwesten, die hatte eine kleine Chance. Der andere Wunderbaum aber stand in der

Bahnhofshalle. Ein grausiger Anblick: Weder natürliches Licht, noch natürliches Raumklima, da litt das Gärtnerherz. Kein Wunder: Die Pflanzen machten nach zwei Monaten schlapp.

Die Firmen der Erfinder jedoch, die gedeihen prächtig. Erst gab es die Mooswände für den Garten. Dann erreichten sie die Büros von Anwalts- und Steuerkanzleien, Banken und Versicherungen. Die dekorierten ihre luftigen Räume, um die Beschäftigten davon abzuhalten, die Arbeitszeit mit der Pflege mitgebrachter Blümchen zu verschwenden. Und nun kam die geniale Idee, die Dinger in den öffentlichen Raum zu pflanzen. Ein neues Geschäftsfeld war geboren.

Zu Hunderten werden die Mooswänden vom Feinstaub geplagten Kommunen angedreht. Hannover hat sie, Dresden auch, in Stuttgart gibt's ne ganze Wand an einer Autostraße. Mal ist es die CDU, mal die FDP, in Rüsselsheim sind es die Grünen und in Herne gar DIE LINKE, die sie fordern. Den inoffiziellen Höhepunkt der Verkaufskampagne erreichte Leverkusen: Hier schafften es die Dinger bis in den städtischen Luftreinhalteplan. Da reiben sich die findigen Geschäftemacher ihre vom Geldzählen grünen Daumen!

Anfang November wurden die City-Trees, die wir so lieb gewonnen hatten, abgebaut. Jetzt ist wieder alles wie gehabt: Ohne Moos ist in Essen nix los!

## Zombies unter uns ...

... sorgen zu Halloween für Grusel in der Stadt. Diesmal gab's am Hauptbahnhof Randle. Obwohl kaum Beweise vorliegen, sind für die AfD die Schuldigen klar: „Asylbewerber stören Halloween“. Ausgerechnet sie verteidigt den Zombiewalk als Ausdruck „unserer Lebensgewohnheiten“, mit denen „Fremde ... einfach nicht zu rechtfertigen“. Da fragt sich, wer hier die wahren Zombies sind.



## Gewonnen und verloren ...

... hat Patrick Köbele, Bundesvorsitzender der DKP aus Essen. Verloren hat er die Parteibasis in München, die eine offene Debatte über kommunistische Politik führen wollte. Die Parteiorganisation wurde kurzerhand aufgelöst. Gewonnen hat er den Ehrenpreis des glorreichsten Parteiführers aller Zeiten, des Genossen Josef Wissarionowitsch Dschugaschwilli.

## Leise Servus ...

... sagen wir zu Ratsfrau Janina Herff, dem ehemaligen Fraktionschef Hans Peter Leymann-Kurz und dem ehemaligen Fraktionsgeschäftsführer Jörg Bütefür. Nachdem „Schöner links“ erledigt war, wurden sie nun Teil der traditionsreichen Sozialdemokratie.

Im Beipackzettel: Mandats-träger-beiträge sind bei Herff eher nicht zu erwarten - bei den Sozis ein Ausschlussgrund. Also lehnt Euch zurück und schauet, welch Fortsetzung die erschrockliche Geschichte findet. Ne Tüte Popcorn nicht vergessen!

## Zur Abwechslung ehrenvoll ...

... geriet der Rücktritt von Ratsfrau Anabel Jujol. Sie gab ihr Mandat an DIE LINKE zurück, über die sie einst gewählt worden war. Mehr Achtung gegenüber dem Willen der Wählerinnen und Wähler, das wünschen wir uns überall.

## Explodierte Klobürste ...

nannte schon wer den wunder-vollen Weihnachtsbaum auf dem Willy-Brandt-Platz. Heimatgefühle sollte die Tanne wecken, die in 55 Jahren in einem Frintroper Garten groß werden durfte. Dann lagerte sie zu lange, weil keine Polizei da war, die den Transport genehmigte, später wurde doch transportiert, was wegen Überbreite Baum und Laternen ramponierte. An der arg gerupften Gestalt wurden dann die Lücken mit zusätzlichen Ästen und Kabelbindern geflickt. Da übermannt uns doch das Heimatgefühl: Ja, wir sind zu Hause, Unprofessionell ist Essens zweiter Name. Trotzdem: Wir wünschen allen Essenerinnen und Essenern eine frohe Weihnachtszeit!

## Rätsel-Ecke

4		3		9			1	7
2	6		1	7	3		4	
			6					
7		8			2	9		
				1		8	7	
	5	4		3	9	3		
			5					9
3	9	6			1			
6		5		4		2	3	

Lösung:

1	2	0	3	4	0	5	6
---	---	---	---	---	---	---	---

## Wann feierte DIE LINKE. Essen ihr Zehnjähriges?

DIE LINKE wurde in diesem Jahr zehn. An welchem Tag hatte der Kreisverband Essen sein Jubiläum?

Wir verlosen diesmal ein Buch, das in letzter Zeit viele bewegt: „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon, erschienen 2016 in der edition suhrkamp. Der Preis wird gestiftet von MdB Niema Movassat.

Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss: 31. Dezember 2017. Und diesmal können alle teilnehmen, sogar die Angehörigen der Redaktion. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Glücklicher Gewinner unseres letzten Rätsels war PARTEI-Stadtrat Matthias Stadtmann; er tippte exakt unsere 4,9 Prozent bei der Landtagswahl.



## Glück auf Glück auf!

Melodie: Steigerlied  
Text: Irene Wollenberg

Glück auf Glück auf  
Der Investor kommt  
Und er hat einen guten Plan bei der Hand  
Und er hat einen guten Plan bei der Hand  
Für die Alte Schule  
am Äbtissinsteig

Die Verwaltung sagt Halt  
Das geht uns zu schnell  
Das geht nicht in unsern Bürokratenkopp  
Das geht nicht in unsern Bürokratenkopp  
Die Schule bleibt leer  
Die Schule bleibt leer.

Das kann doch nicht sein  
Da muss Leben rein  
Ein Haus ohne Leben ist wie Brot ohne Mehl  
Ein Haus ohne Leben ist wie Brot ohne Mehl  
Ihr spart es kaputt  
Ihr spart's kaputt

Heut kommt der Nikolaus  
Vor dieses Haus  
Und er hat Euch eine Rute mitgebracht  
Und er hat Euch eine Rute mitgebracht  
Damit Ihr aufwacht  
So wacht endlich auf!

Essen, 6.12.2017

